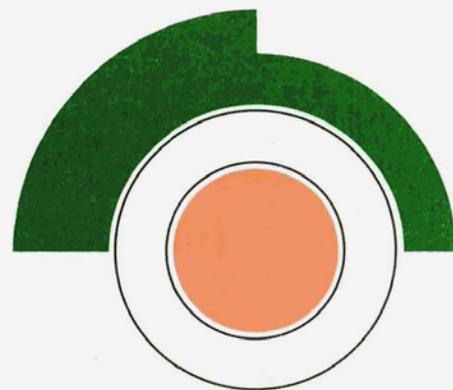


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 21



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 26. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 12. 12. 1995

WORT UND WIDERWORT

Sind mit einem Drei-Liter-Auto Umweltprobleme zu lösen

Die Diskussion um das „Drei-Liter-Auto“ als Stein der Weisen zur Lösung von Umweltproblemen durch den Verkehr gehe an den Realitäten der Zeit vorbei. Ziel von Industrie- und Verkehrspolitik müsse sein, ein möglichst verbrauchsgünstiges Fahrzeug zur Verfügung zu stellen, dessen Schadstoff-Emissionen so minimal wie nur möglich seien. Die Festlegung auf ein „Drei-Liter-Auto“ halte er nicht für sinnvoll. Das erklärte der SPD-Abgeordnete **Heinz Hunger**. Der CDU-Abgeordnete **Günter Langen** meint, es sei klar, daß zur Erreichung des „Drei-Liter-Autos“ enorme technische Anstrengungen unternommen werden müßten. Weit wichtiger sei allerdings, daß solche Autos auch auf den Markt gebracht würden. Und entscheidend für die Ökologie sei die Frage, ob für jedes neue „Drei-Liter-Auto“ auch tatsächlich ein altes Auto mit hohen Verbrauchswerten aus dem Verkehr gezogen werde. Es bestehe ferner die Gefahr, daß bei Einführung das „Drei-Liter-Auto“ sich als Zweit- oder Dritt-Wagen etabliere. (Seite 2)

Novelle zum Rundfunkgesetz – Aus für Bayern 3

Bedenken gegen Kabelbelegung

Die Residenzpflicht für Satellitenveranstalter, die in NRW lizenziert sind, soll aufgehoben werden. Das sieht das 8. Rundfunkänderungsgesetz vor, das der für Medien zuständige Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) in den Landtag einbrachte.

Die Landesregierung will mit der Aufhebung Bedenken der Europäischen Kommission hinsichtlich der Kabelbelegung in NRW begegnen. Clement führte weiter aus, gleichzeitig wolle man die gesetzlichen Bestimmungen zur Rangfolge bei der Belegung von Kabelanlagen so ändern, daß ein Vorrang bei der Einspeisung im wesentlichen auf die für NRW bestimmten Programme des öffentlich rechtlichen Rundfunks und auf diejenigen Programme begrenzt werden solle, die hier terrestrisch verbreitet würden. Reinhard Grätz (SPD) sagte zu der Situation, daß Bayern 3 herausfalle, die Demokratie, die Pluralität brauche die ganze Bandbreite, auch den bayerischen Rundfunk. Ruth Hieronymi (CDU) sagte zum gleichen Problem, die CDU habe dreimal beantragt, statt Standortpolitik Medienpolitik vorrangig

zu machen. Roland Appel betonte, es sei eine Entscheidung der Landesanstalt für Rundfunk gewesen, welche Anbieter in NRW das Kabel belegen.

Die Woche im Landtag

Haushalt 96

Die hohe Gesamtverschuldung des Landes wurde bei der 1. Lesung des Haushalts 1996 von den Fraktionen mehrfach angesprochen. (Seite 3)

Schulsport

Um die künftige Entwicklung des Schulsports ging es bei einer plenaren Erörterung im Landtag. (Seite 9)

Multimedia

Das Medienkompetenzzentrum in Marl trägt zum Ausbau des Landes zu einer europäischen Modellregion für die Multimedia-Zukunft bei. (Seite 10)

Probefahrt

Verkehrs- und Wirtschaftspolitiker des Landtags haben an einer Probefahrt mit dem „Regio-Sprinter“ von Düren nach Nideggen teilgenommen. (Seite 13)

Hochschulen

Die Hochschulen sollen für studierwillige junge Leute offengehalten und für beruflich qualifizierte Leute erweitert werden. (Seite 14)

Gewahrsam

Ein von der CDU gefordertes 14tägiges Unterbindungsgewahrsam gegen gewalttätige Demonstranten wird es in NRW nicht geben. Der Innenausschuß lehnte ab. (Seite 16)



„Vielleicht wirst Du auch mal so alt wie ich . . .“

Zeichnung: Hanel (Kölner Stadtanzeiger)

WORT UND WIDERWORT

Industrie ist beim Auto der Zukunft gefordert

Von
Heinz Hunger

Die Diskussion um das „Drei-Liter-Auto“ als Stein der Weisen zur Lösung von Umweltproblemen durch den Verkehr geht an den Realitäten unserer Zeit vorbei. Ziel von Industrie- und Verkehrspolitik muß sein, ein möglichst verbrauchsgünstiges Fahrzeug zur Verfügung zu stellen, dessen Schadstoff-Emissionen so minimal wie nur möglich sind. Für einen möglichst breiten Einsatz solcher Fahrzeuge ist es darüber hinaus erforderlich, daß ein solches Auto zu einem adäquaten Preis erworben werden kann und sich nicht allzuweit außerhalb des geltenden Preisgefüges bewegt.

Die Automobilindustrie muß in einen Wettbewerb um das verbrauchsgünstige und emissionsarme „Auto der Zukunft“ treten. Die Festlegung auf ein „Drei-Liter-Auto“ halte ich für nicht sinnvoll. Wir sollten uns am Ziel (geringer Verbrauch) orientieren, nicht an der Festlegung eines bestimmten Zielwertes.

Um unser Ziel, die Schadstoffemissionen unserer Verkehrsmittel soweit wie möglich zu reduzieren, zu erreichen, sind aus meiner Sicht neben der Entwicklung des „Autos

Von
Günter Langen

Am energiebedingten jährlichen CO₂-Ausstoß hat der Kraftverkehr in der Bundesrepublik Deutschland einen Anteil von 19 Prozent. Bahnen, der Luftverkehr und die Schifffahrt tragen weitere fünf Prozent hinzu. In der Bundesrepublik ist der Endenergieverbrauch der Industrie seit 1975 rückläufig, der der Haushalte stagniert seit 1980. Größte Emittenten sind nach wie vor die privaten Haushalte. Den Energieverbrauch im Straßenverkehr teilen sich wiederum zu knapp drei Vierteln der Pkw-Verkehr und zu einem Viertel der LKW- und Busverkehr. Konkrete Zahlen für den CO₂-Ausstoß in Nordrhein-Westfalen liegen nicht vor, obwohl die Landesregierung sie Jahr für Jahr angekündigt hat. Die CO₂-Bilanz in Nordrhein-Westfalen wird deutlich anders aussehen als im restlichen Bundesgebiet, da durch die Kohleverstromung ein weitaus größerer CO₂-Ausstoß im Bereich Energieerzeugung entsteht.

Der Durchschnittsverbrauch des Gesamtbestandes der Pkw ist in den letzten 15 Jahren lediglich um 10 Prozent zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum ist aber die Zahl der mit Pkw zurückgelegten Personenkilometer deutlich gestiegen. Insbesondere die Zunahme des Pkw-Bestandes in den neuen Bundesländern hat hierzu einen Großteil beigetragen.

Die Enquetekommission zum Schutz der Erdatmosphäre des Bundestages hat in ihren Handlungsempfehlungen zum Verkehrsbereich umfassende Vorschläge zur CO₂-Reduzierung gemacht. Am wirkungsvollsten für die CO₂-Absen-

Von
Peter Eichenseher

Die Entwicklung des „Drei-Liter-Autos“ ist begrüßenswert. Noch wichtiger ist allerdings, daß solche Autos auch auf den Markt gebracht werden. Und entscheidend für die Ökologie ist die Frage, ob für jedes neue „Drei-Liter-Auto“ auch tatsächlich ein altes Auto mit hohen Verbrauchswerten aus dem Verkehr gezogen wird.

Das „Drei-Liter-Auto“ allein wird die heutigen Emissions- und Verkehrsprobleme nicht lösen. Die technische Entwicklung sparsamerer Motoren hat in der Vergangenheit keine Einsparung des Flottenverbrauchs gebracht, weil das technische Einsparpotential stets durch größere, leistungsstärkere PKWs ausgeglichen worden ist. Obwohl der spezifische Verbrauch sich halbiert hat, ist der Durchschnittsverbrauch der PKWs in Deutschland mit ca. 9l/100 km immer noch der gleiche wie 1980. Hinzu kommt, daß die Fahrleistung drastisch gestiegen ist. Es besteht zudem die Gefahr, daß die Einführung des „Drei-Liter-Autos“ sich als Zweit- oder Drittwagen etabliert.

SPD: Wirklicher Umweltschutz nur mit Gesamtpaket möglich

der Zukunft“ noch weitere Maßnahmen erforderlich, die als Paket dazu führen können, die Umweltprobleme zu minimieren:

- Die Kfz-Steuer ist emissionsabhängig zu gestalten; so werden Anreize für die Industrie geschaffen, ein möglichst verbrauchsgünstiges und emissionsarmes Fahrzeug zu entwickeln und auf den Markt zu bringen.
- Aus Verkehrssicherheits- und umweltspezifischen Gründen brauchen wir flächendeckende Geschwindigkeitsbegrenzungen auf unseren Straßen; nur wenn die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen zur Ausnutzung der Leistungsfähigkeit von Kraftfahrzeugen in diesem Sinne festgelegt werden, wird die Mehrzahl der Autofahrerinnen und Autofahrer günstigeren Verbrauchswerten und möglichst weit verminderten Schadstoffemissionen mehr Bedeutung beimessen als der Leistungsfähigkeit, PS-Zahl und Spitzengeschwindigkeit eines Fahrzeuges.

Mit dem verbrauchsgünstigen und emissionsarmen Auto der Zukunft, den vorgeordneten ordnungspolitischen Rahmenbedingungen und mit technischen Maßnahmen zur besseren Nutzung der vorhandenen Infrastruktur (Telematik) könnte es gelingen, Umweltprobleme durch den Straßenverkehr zu vermindern.

CDU: Dieselmotor muß mehr gefördert werden

kung ist demnach eine Verringerung des Kraftstoffverbrauchs von Kfz. 12 Prozent bis 15 Prozent der CO₂-Emissionen können damit eingespart werden, wenn Kfz mindestens 30 Prozent weniger Sprit bräuchten als heute. Die Kommission rief die europäischen Autohersteller auf, freiwillig bis zum Jahr 2005 solche Pkw zu entwickeln und anzubieten.

Die deutsche Automobilindustrie hat im März 1995 zugesagt, den Kraftstoffverbrauch ihrer Automobilflotte in den kommenden zehn Jahren deutlich abzusenken. So soll innerhalb der nächsten fünf Jahre ein „Drei-Liter-Auto“ angeboten werden.

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt diese Selbstverpflichtung der Autoindustrie und verspricht sich eine deutliche Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs. Weit wichtiger als die Einführung solcher Nischenfahrzeuge ist jedoch die Aussage der Industrie, daß der Flottenverbrauch insgesamt sinken soll. Eine Senkung des Durchschnittsverbrauchs der Gesamtfahrzeugflotte bringt das größte Einsparungspotential zur Senkung der CO₂-Emissionen im Verkehr.

Um dieses Einsparungspotential ausschöpfen zu können, muß in Zukunft der Dieselmotor mehr gefördert werden. Moderne Dieseln sind vom Wirkungsgrad der Motoren her am besten geeignet, deutliche Einsparungen zu erbringen.

Wichtig ist auch, daß nicht nur die Bundesrepublik Deutschland betrachtet wird. Hier sind durch technischen Einsatz bereits weitgehende CO₂-Minderungen vorgenommen worden. Bedrohlicher für die CO₂-Bilanz der Welt sind jedoch die zu erwartenden Motorisierungswellen, insbesondere in den Schwellenländern Süd-Ost-Asiens, in China und Lateinamerika.

Politik mit Verantwortung sollte daher die Rahmenbedingungen schaffen, um hochentwickelte und verbrauchsreduzierte Pkw in diesen Ländern zum Einsatz kommen zu lassen.

GRÜNE: Entscheidend ist Einstellung zum Auto

Entscheidend ist also die Frage, wie das „Drei-Liter-Auto“ am Markt durchgesetzt werden kann. (Das derzeit sparsamste Kfz, der Eco-Golf, mit weniger als 5l/100 km ist auf dem heutigen Markt ein Ladenhüter). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in ihrem Ökosteuerkonzept die Instrumente aufgezeigt, die dem Sparauto zur Durchsetzung verhelfen.

Mineralölsteuererhöhung von 50 Pfennig in 1996 bei gleichzeitiger Abschaffung der Kfz-Steuer. Weitere Erhöhungen um nominal 30 Pfennig pro Jahr in den Folgejahren. Dadurch würde ein enormer Nachfrageschub für verbrauchsarme Fahrzeuge ausgelöst.

Ergänzend kann der Flottenverbrauch über Vorschriften, die sich direkt an die Hersteller wenden, reduziert werden.

Entscheidend für den Durchbruch des „Drei-Liter-Autos“ bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern wird die Änderung der Einstellung zum Auto sein. Das Leitbild ist nicht die heutige Rennreiselimousine, die für Fernreisen gebaut ist, auch wenn sie meistens im Stadtverkehr bewegt wird. Eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen könnte den überfälligen Abschied vom Tempomobil erleichtern und die Markteinführung für „Drei-Liter-Autos“ beschleunigen.

CDU für Schließung von Ministerien – Schleißer verteidigt Haushalt

Beharrlicher Konsolidierungskurs hat es schwer bei Gesamtverschuldung von 126 Milliarden Mark

Die hohe Gesamtverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen haben die drei im Landtag vertretenen Fraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN bei der ersten Lesung des Haushalts 1996 am vergangenen Mittwoch aufgegriffen. Seit 30 Jahren würden jedes Jahr neue Schulden gemacht und dies trotz ständig steigender Steuereinnahmen, meinte der CDU-Finanzexperte Helmut Diegel. Der SPD-Finanzexperte Reinhold Trinius bezeichnete es hingegen als einen Ausweis für die Solidität der Finanzpolitik des Landes, daß man laut der Ist-Zahlen von 1994, dem Jahr, in dem die mittelfristige Finanzplanung zum ersten Mal aufgetaucht sei, fünf Milliarden Mark unter dem geblieben sei, was diese Planung für möglich gehalten habe. Der finanzpolitische Sprecher der Grünen, Dr. Stefan Bajohr, bezeichnete die Gesamtverschuldung von derzeit rund 126 Milliarden Mark als zu hoch. Jede achte Steuermark fließe in Zinsen und Tilgung. Finanzminister Heinz Schleißer (SPD) verteidigte den Entwurf. Zwar gebe es Risiken bei den vorgeschlagenen Steuereinnahmen und Zahlungen an den Länderfinanzausgleich. Beide Positionen entzögen sich aber der politischen Gestaltung der Landesregierung.

Helmut Diegel (CDU) warf dem Finanzminister schwerwiegende Versäumnisse vor. In der Wirtschaftspolitik habe er jahrzehntelang den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen gebremst. Nur mit rot-grünem Gerede komme man nicht weiter. Garzweiler lasse grüßen. „Sie werden in Nordrhein-Westfalen ihre jahrzehntealten Fehler in der Wirtschaftspolitik so nicht korrigieren können“, stellte der Abgeordnete fest. In der Wirtschaftspolitik sei Vertrauen angesagt. „Doch feststellen müssen wir: Weder haben Sie Vertrauen zu den Unternehmen noch die Unternehmer zu Ihnen.“ Auch in der Finanzpolitik habe es schwerwiegende Versäumnisse gegeben. Seit 30 Jahren würden jedes Jahr immer wieder neue Schulden gemacht und dies trotz ständig steigender Steuereinnahmen. 131,3 Milliarden Mark Schulden würden es am Ende des Jahres 1996 sein. Verlässlich sei nur die Stellenvermehrung gewesen. Diegel zitierte den Finanzminister, wonach man in NRW schon früher mit der Finanzpolitik auf einen konsequenten und beharrlichen Konsolidierungskurs gegangen sei und meinte dazu: „Das ist doch der reinste Hohn. Da lachen doch die Hühner in Siggis Martschs Garten!“ Aber er wolle dem Finanzminister eine Chance geben, man wolle sich das Ganze anhand des größten Etatpostens einmal genauer ansehen, dem Personalausgaben. Man stelle fest, daß von den geschätzten Steuereinnahmen von 68,3 Milliarden Mark mehr als jede zweite Mark für Personalkosten aufgewendet werde, übrigens 4,2 Prozent mehr als im Jahre 1995. Bei den Personalausgaben ging Diegel bis zum Jahr 1979 zurück, „in dem hier Johannes Rau begann“. 1979 habe man Personalausgaben von rund 17 Milliarden Mark gehabt. 1996 seien es über 34 Milliarden Mark. Er könne beim besten Willen keinen



Hohe Personalkosten bereiten Sorgen: v. l. Helmut Diegel (CDU), Reinhold Trinius (SPD), Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) und Finanzminister Heinz Schleißer (SPD).
Fotos: Schälte

konsequenten Konsolidierungskurs erkennen. Der Abgeordnete verglich das Land NRW mit einem Flugzeug, das seit 30 Jahren auf der Startbahn stehe und warte. „Und jetzt, im Jahre 1995, wo das Flugzeug — so Herr Clement — laut donnernd von der Startbahn abheben will, da springen noch ein paar Grüne an Bord — so ein Pech!“ Daß dieses Flugzeug nicht wesentlich von der Stelle komme, sei unter diesen Umständen nicht mehr verwunderlich. Es sei somit weder ein klares finanzpolitisches Konzept erkennbar noch seien Versprechungen glaubhaft. Dem Finanzminister hielt der CDU-Sprecher ferner vor, er schlüpfte gerne in die Rolle eines Ankündigungsweltmeisters. Außer dem beschlossenen Abbau von 12 000 Stellen wolle er weitere 10 000 Stellen einsparen, also 22 000 Stellen. Nur frage er sich, wo das in diesem Haushalt erkennbar sei. „920 Stellen, die Sie abbauen wollen, stehen 525 Stellen gegenüber, die Sie neu einrichten“, betonte Diegel. Dann bleibe noch das Problem der Pensionsausgaben. Die Kosten hierfür würden um mehr als 250 Prozent in den nächsten 25 Jahren explodieren. Der Politiker nannte ein berechtigtes Haushaltsvolumen 1995 von 82,545 Milliarden Mark und 1996 von 84,812 Milliarden Mark. Es ergebe sich hieraus eine Steigerungsrate von 2,7 Prozent und nicht von 1,3 Prozent, wie es der Finanzminister ausgewiesen habe. Man sei mittlerweile in NRW in einer derart mißlichen Lage, daß man sich ständig weiter verschulden müsse, um überhaupt die Zinsen der Altschulden abtragen zu können. Das heiße, mit Abschluß des Haushaltsjahres 1996 stehe NRW mit satten 131 Milliarden Mark in der Kreide. Als unseriös bezeichnete der CDU-Sprecher die Darstellung bei der Finanzplanung bis

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, als Herausgeber sowie die Redaktion wünschen allen Leserinnen und Lesern von „Landtag intern“ ein friedvolles Weihnachtsfest und ein glückliches Jahr 1996.

1999. die Steuereinnahmen seien viel zu hoch geschätzt. Die Personalausgaben seien zu niedrig angesetzt. Die Investitionsausgaben seien völlig unrealistisch. Diegel faßte zusammen, der vorgelegte Haushaltsplan 1996 und die Finanzplanung bis 1999 seien reine Schaufelrechnung und somit nichts anderes als Makulatur. Die CDU werde bei den anstehenden Beratungen einen Stellenabbau fordern, der die Landesregierung zwingen solle, vier Ministerien aufzulösen und hierbei ebenso professionell wie schnell mit dem Stellenabbau zu beginnen. Die Landesregierung halte sich wieder einmal schadlos an den Kommunen, mit über 300 Millionen Mark befrachte sie das Gemeindefinanzierungsgesetz und damit jede einzelne Kommune erneut. Der Abgeordnete kündigte Alternativen an: „Wir werden den Verkauf der WestLB, dem Sie ja auch nicht mehr abgeneigt sein sollen, Herr Finanzminister, wieder zum Antrag erheben, eigene Schwerpunkte setzen und auf eine Schuldenminimierung drängen.“

Reinhold Trinius (SPD) berichtete, der Mittelstand in NRW sei inzwischen das Rückgrat der Beschäftigung. Es habe sich ein Strukturwandel in NRW vollzogen, den auch die Opposition nicht wegen der Politik, sondern wegen der Menschen, die das fertiggebracht hätten, einmal erkennen sollte. 80 Prozent der Ausbildungsplätze würden von kleinen und mittleren Unternehmen bereitgestellt. Das liege weit über ihrem Beschäftigungsanteil. Der finanzpolitische Sprecher erwähnte, für die Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, seien 780 Millionen Mark vorgesehen. Das seien 20 Millionen Mark mehr als im Jahre 1995. Förderung zusammen mit der Europäischen Union: weitere 400 Millionen Mark. Trinius ging ferner darauf ein, daß der Haushalt 1996 erst jetzt eingebracht worden sei. Eine frühere Einbringung sei sicherlich nicht möglich gewesen. Das habe mit den Wahlen zu tun. Aber er finde, es sei auch erforderlich, ihn jetzt einzubringen und ihn bis zum März nächsten Jahres zu verabschieden,

damit Kommunen, aber auch die Landespolitik eine sichere Grundlage hätten. Mit dem Finanzminister war sich der Abgeordnete einig, daß die vorgesehene Verschuldungshöhe im Jahre 1995 unterschritten werde. Zur Haushaltssperre sagte er, der Grund für deren Verhängung sei die entscheidende Belastung des Landes NRW im Länderfinanzausgleich. Das seien Leistungen des Landes NRW zugunsten des Aufbaus der fünf neuen Länder. Da sei im Soll für das ganze Jahr eine Größenordnung von 2,3 Milliarden Mark vorgesehen. In der Oktober-Schätzung werde erklärt, NRW werde für das ganze Jahr 1995 2,2 Milliarden Mark aufbringen müssen, 100 Millionen weniger, als im Soll veranschlagt. Am 20. November erhalte dann aufgrund der Ergebnisse des dritten Quartals in allen Ländern der Finanzminister des Landes NRW einen Brief des Bundesfinanzministers, das Land NRW müsse für die ersten drei Quartale mit 2,3 Milliarden Mark geradestehen — für die ersten drei Quartale. Das heiße, NRW könne wohl damit rechnen, noch einmal mit 800 oder 900 Millionen Mark herangezogen zu werden. Der Sprecher fuhr fort, der Entwurf des Haushalts 1996 habe ein Volumen von knapp 87 Milliarden Mark. Er sehe eine Nettokreditermächtigung im Umfang von knapp sechs Milliarden Mark vor. Damit werde genau eingehalten, wozu sich die Koalitionspartner in der Koalitionsvereinbarung verpflichtet hätten: die Nettokreditermächtigung im Jahre 1996 nicht über 6 Milliarden Mark ansteigen zu lassen, damit das Ziel, eine Milliarde Nettokreditermächtigung im Jahre 2000, erreicht werden könne. Zur Einnahmenseite erklärte Trinius, man gehe davon aus, daß die Einnahmen sich jahresdurchschnittlich um 4,3 Prozent erhöhten. In dieser Spanne zwischen 4,3 jahresdurchschnittlich auf der Einnahmenseite und 2,75 auf der Ausgabenseite liege der Pfad der Konsolidierung. Man habe weiterhin 1995 eine Investitionsquote, die bei 11,5 Prozent liege. Man werde eine Investitionsquote im Jahre 1999 von 10,9 Prozent haben. Das sei

ungefähr der gleiche Anteil am Gesamthaushalt. Zur Programmwirksamkeit führte er aus, man halte es für gut, daß man alle Programme des Landes NRW auf den Prüfstand stelle. Dabei sei ein Prüfungskriterium, wie weit solche Programme denn beschäftigungswirksam seien, wieweit solche Programme neue Umwelttechniken förderten, wieweit solche Programme hülften, energiesparende Maßnahmen durchzusetzen und zu fördern, wieweit solche Programme dazu beitrügen, neue Techniken zu entwickeln. „Das halte ich für gut“, sagte Trinius. Als entscheidende Frage für die Gesellschaft in der Bundesrepublik insgesamt nannte er die Frage, wie man mit den Arbeitslosen umgehen werde. Bundesweit habe man eine Unterbeschäftigung von rund sieben Millionen Menschen. Was man sich jetzt in Bonn leiste, sei allerdings ein Abenteuer, das die Entwicklung des Sozialstaats Bundesrepublik Deutschland ganz entscheidend zurückzuwerfen drohe. Zu den Kommunen führte Trinius aus, sie erhielten im nächsten Jahr 826 Millionen Mark mehr. Der Abgeordnete stellte fest: „Unsere wichtigsten Ziele mit diesem Haushalt sind die Sicherung und der Ausbau des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen mit dem Ziel der ökologischen Erneuerung und dies in sozialer Verantwortung.“ Er fügte hinzu, nur wer die Politik der Konsolidierung des Haushalts NRW konsequent fortsetze, werde in der Lage sein, die Zukunftsaufgaben für dieses Land zu bewältigen. Man setze dabei nicht ausschließlich auf Politik, sondern am ermuntere Unternehmer und Erfinder, sich dieser Aufgabe anzunehmen.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) stimmte dem erklärten Ziel zu, die Nettoneuverschuldung des Landes im Jahr 2000 auf eine Milliarde zurückzuführen. Jetzt aber fasse der Finanzminister offenbar doch eine Erhöhung der Neuverschuldung ins Auge. Bajohr: „So einfach geht das nicht!“ Der Konsolidierungskurs sei Bestandteil des Koalitionsvertrags;

von ihm könne nur bei Auftreten gravierender Faktoren — etwa einem Absturz der Konjunktur bei gleichzeitigem Hochschnellen der Erwerbslosigkeit — abgegangen werden. Eine Erhöhung der Neuverschuldung sei überflüssig, wenn die Prüfungsintervalle der Finanzämter verdichtet, die Arbeit der Erbschafts- und Schenkungssteuerstellen optimiert, Ökoabgaben erhöht und die Landesbeteiligung tatsächlich veräußert würden. Der Sprecher unterstrich die Notwendigkeit einer ökologischen Steuerreform, da nach Berechnungen die Folgeschäden kapitalorientierten Wirtschaftens sich inzwischen auf 500 Milliarden Mark pro Jahr belaufen und die Kosten für die Bewältigung der Umweltschäden viermal schneller stiegen als das Bruttoinlandsprodukt. Die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte in Höhe von zwei Billionen Mark sei Folge der Auszehrung der öffentlichen Kassen durch Schwarz/Gelb in Bonn; die äußerst gespannte Lage des Landes habe es nicht davor bewahrt, Opfer weiterer Lastenabwälzungen des Bundes zu werden. Der Nachtragshaushalt 1995 sei für seine Fraktion eine bittere Pille gewesen, denn viele Projekte seien dadurch in diesem Jahr nicht machbar geworden; aber die einzelnen Punkte würden „ganz oben auf die Agenda für die Haushaltsberatung 1996 gesetzt“, dabei nannte Bajohr das Programm „Arbeit und Umwelt“, die Bereiche Verkehr, Soziale Betriebe, Gründungsoffensive, Frauen und Wirtschaft, Frauen und Kinder. Die Finanzpolitik der nächsten Jahre müsse darauf ausgerichtet werden, „intelligent und zielgerichtet Mittel zu bündeln, zu entscheiden, was wichtig und was unwichtig ist, was unabdingbar und was entbehrlich ist und wo Verstärkungen anzubringen sind“. Dabei dürfe am sogenannten Ressortprinzip nicht festgehalten werden.

Finanzminister Schleißer (SPD) meinte, er nehme den Oppositionsvorwurf ernst, daß der Haushaltsentwurf des Landes nur „Makulatur“ sei. Aber da gelte es zu bedenken, daß sich sowohl der Länderfinanzausgleich als auch die Steuereinnahmen der Jahre 1995 und 1996 der politischen Gestaltung der Landesregierung, der Opposition und des Landesparlaments entzögen. Diese Risiken sollten im Auge behalten werden, hinzu kämen Fehler bei der Steuer-schätzung, die er sich nicht anlasten lassen wolle. Man dürfe nicht den Fehler machen, wie es die CDU tue, Wachstum und Steuereinnahmen gleichzusetzen, die Entwicklung der Steuern orientiere sich nicht am realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, sondern am nominalen Wirtschaftswachstum. In NRW sei man vorsichtig: Nicht die verkündeten fünf Prozent mehr an Ländersteuern West würden zugrundegelegt, sondern lediglich drei Prozent im nächsten Jahr. Kein anderes Land sei so nah an der Wirklichkeit wie Nordrhein-Westfalen, erklärte der Finanzminister. Er habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß die Verschuldung der öffentlichen Hand bedrohlich sei, „nur, ich lasse das nicht dem Land Nordrhein-Westfalen anlasten, was hier nicht anzulasten gilt“. Den sechs Milliarden Neuverschuldung sei gegenzuhalten: „Zwei Milliarden Mindereinnahmen durch Steuerrechtsänderungen, 2,1 Milliarden Fonds Deutsche Einheit, mindestens 1,7 Milliarden im Jahr 1996 für den Länderfinanzausgleich“ — 5,8 Milliarden allein in Positionen, die durch das Land nicht beeinflussbar seien. (Fortsetzung folgt)



Als Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen in Münster hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) zu Beginn der Landtagssitzung am 6. Dezember den Präsidenten des Oberlandesgerichts Düsseldorf, Dr. Klaus Bilda (l.) und seinen Stellvertreter, Vizepräsident Ernst Jürgen Kratz (M.), vereidigt. Der Präsident wünschte den ab 1. Januar amtierenden neuen Verfassungsgerichtsmitgliedern alles Gute für ihre zukünftige verantwortungsvolle Aufgabe. Foto: Schälte

Entwurf Gemeindefinanzen 1996 löste keine Begeisterung aus

Kein Ende der kommunalen Finanznot in Sicht

Albert Leifert (CDU) eröffnete die Aussprache in Anspielung auf den Nikolaustag mit der Bemerkung, die Regierung verteile die Geschenke in die Landeskasse und die Rute an Städte und Gemeinden. Der Finanzausgleich sei keine Ausgaben-, sondern eine Einnahmeteiligung der Kommunen, auf die sie einen verfassungsrechtlichen Anspruch hätten. Von einer Anbindung an die Landesausgaben sei dort keine Rede, das sei systemwidrig. 1994 hätten 79 Kommunen keinen Haushaltsausgleich erreicht. Immer mehr stünden vor der Pleite. Die Daseinsfürsorge für die Bürger vor Ort sei gefährdet. Die Ursachen seien verfehlte Wirtschaftspolitik: eine Wachstumslücke mit 4,5 Milliarden Mark fehlender Steuereinnahmen, Anteilskürzungen beim Verbundsatz und bei der Grunderwerbsteuer, Streichungen bei der Kfz-Steuer- und Gewerbesteuerumlage. Die Kürzung solle unter Rotgrün um 289 Millionen Mark fortgesetzt werden. Bei der Versorgung und Unterbringung von Asylbewerbern fehlten den Gemeinden pro Jahr 400 Millionen Mark mit steigender Tendenz, bei Kindergarten-Investitionen 280 Millionen Mark. Chronische Magersucht durch Entzug der Landeskost sei das Krankheitsbild. Strukturveränderung gingen immer zu Lasten der kleinen und Mittelstädte. Bei den 8,2 Milliarden Mark Mehrleistungen würden Bundesmittel als Landesleistung verkauft, der rotgrüne Hut mit schwarzen Federn geschmückt. Der kommunale Finanzausgleich müsse zu einer echten Beteiligung der Kommunen umgebaut werden.

Jürgen Thulke (SPD) sprach die verfehlte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung an und vermißte Alternativen von der Opposition. Die Steuerkraft aller NRW-Kommunen sei um 2,7 Prozent zurückgegangen, überwiegend durch den Rückgang der Gewerbesteuer. Besorgnis erregte auch der Rückgang der Investitionen um 9,3 und der Anstieg der Sozialleistungen um 9,8 Prozent. Der Verbundbetrag sei 1996 um rund 13,8 Milliarden Mark höher, die Schlüsselzuweisungen stiegen um drei Prozent. Die Zuweisungen der Investitionspauschale stiegen um 58,4 Prozent. Das Land überlasse den Kommunen großen Spielraum. Befrachtungen durch Krankenhaus-Investitionen und Weiterbildungsförderung seien nicht systemgerecht und wirkten bei den Gemeinden wie ein rotes Tuch. Entfrachtet werde bei den Zuweisungen für Altlasten-Gefährdungabschätzung und -sanierung. Bei der Umsetzung des IFO-Gutachtens wolle die SPD den Arbeitslosenansatz als Nebenansatz beibehalten und durch den höheren Vervielfältiger verstärken, da der Finanzbedarf bei Dauerarbeitslosigkeit steige. An Änderungen der Gemeindeordnung denke die SPD erst, wenn ausreichende Erfahrungen vorlägen.

Ewald Groth (GRÜNE) nannte Deckungslücken in den kommunalen Haushalten aus 1995 in Höhe von drei Milliarden Mark. Den Kommunen stehe das Wasser bis zum Hals. Die Zusicherung angepaßter Schlüsselzuweisungen sei als Obergrenze eine kommunalunfreundliche Deckelung. Steige

Der Regierungsentwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1996 (Drs. 12/402) wurde nach der Ersten Lesung am 6. Dezember an den Haushaltsausschuß (federführend) und an den Kommunalausschuß überwiesen.

das Steueraufkommen, fließe den Kommunen trotzdem nicht entsprechendes Mehrgeld zu. Der Verzicht auf den Abzug einheitsbedingter Lasten vom Steuerverbund sei keine Wohltat, sondern das Geld stehe den Kommunen zu. Eine Milchjungenrechnung sei auch die dreiprozentige Steigerung der Schlüsselzuweisungen, da aus

1996 auf stärkerer Berücksichtigung der Dauerarbeitslosen und erwäge die Einführung eines weiteren Nebenansatzes. Einheitliche oder differenzierte Hebesätze bei der Steuerkraft seien der Konfliktpunkt. Die Sprungstelle 150 000 sei nicht haltbar. Auch eine Kürzung des Verbundsatzes mache er nicht mit.



*Finanznöte der Kommunen: v. l. Albert Leifert (CDU), Jürgen Thulke (SPD), Ewald Groth (GRÜNE) und Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD).
Fotos: Schälte*

1994 200 Millionen abzurechnen seien. Die neuen Befrachtungen für Krankenhausinvestitionen und Weiterbildung hätten nichts mit Gemeindefinanzen zu tun. Auch nach Umsetzung des IFO-Gutachtens sei keine ernsthafte Linderung der kommunalen Finanznöte in Sicht. Es dürfe kein Hauruck-Verfahren in der Umsetzung geben. Die GRÜNE-Fraktion werde im Januar eine Anhörung zu den Hebesätzen durchführen. Für Sozialhilfe als Dauerlast seien die Kommunen nicht zuständig. Bei den Klagen etlicher Gemeinden wegen Erstattung der Flüchtlingskosten seien diese im Recht. Die Kommunen müßten von kommunalfremden Aufgaben befreit und ihre wirtschaftliche Betätigung ausgeweitet werden. Die Telekom solle für das Wegerecht eine Konzessionsabgabe zahlen.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) vermißte ein „artiges“ Nikolausgedicht der CDU für 825,5 Millionen Mark mehr bescherte Gemeindefinanzen und stimmte zu, Sozialausgaben seien Hauptursache der Finanznot der Kommunen. Das Bundessozialhilfegesetz sei nie zur Finanzierung von Dauerarbeitslosen, Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingsen gedacht gewesen. Bei der Abrechnung der Schlüsselzuweisungen mit dem Jahr 1994 habe das Land faktisch einen zinslosen Kredit von 216,5 Millionen Mark gegeben. Das anerkannte Verfahren dürfe nicht in Prozentabrechnungen eingebracht werden. Der Fehler des IFO-Gutachtens sei Band 2 mit Finanzauswirkungen für die einzelnen Gemeindegrößenklassen. Er bestehe im GFG

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) sah eine der Säulen der Demokratie bedroht, wenn kommunale Selbstverwaltung auf Pflichtaufgaben und Mängelverwaltung reduziert werde. Die Finanznot bewirke kulturelle Verarmung, schärfere soziale Konflikte und Politikverdrossenheit. Beim IFO-Gutachten entstehe der absurde Eindruck, als bräcche die vorgeschlagene Umschichtung hoch verschuldeten Städten keine nennenswerte Linderung und belaste kleinere Gemeinden schärfer. Die Grünen wollten eine sachgerechtere Basis im kommunalen Finanzausgleich.

Albert Leifert (CDU) wies darauf hin, daß Soziallasten nicht nur durch Dauerarbeitslose, sondern auch durch zerrüttete Familien und Asylbewerber entstünden. In NRW sei die kommunale Aufgabendichte besonders hoch und die hundertprozentige Kostendeckung fehle. Im Interesse von Haushaltsklarheit solle auf Be- und Entfrachtungen verzichtet und lieber der Verbundsatz gesenkt werden.

Walter Greverer (SPD) hielt ein Versagen in der Wirtschaftspolitik des Landes angesichts der Rolle von NRW als Geberland im Länderfinanzausgleich für widerlegt. Der Bund sei für Wirtschaftspolitik zuständig, man beschäftige sich aber nur mit Kleinigkeiten in Bonn. Auch Kommunalpolitiker müßten für die Deckung des gesamten Landeshaushalts sorgen. Er hoffe auf ernsthafte Fachgespräche ohne Gegensätze zwischen dem kreisfreien und dem kreisangehörigen Raum.

„Einschränkung der Lohnfortzahlung ist weiterer Angriff auf Sozialstaat“

Als eine der größten sozialpolitischen Errungenschaften hat Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) die Lohnfortzahlung bezeichnet. In der Aktuelle Stunde, die die SPD unter dem Thema „Einschränkung der Lohnfortzahlung verhindern“ am 7. Dezember beauftragt hatte, standen Vorschläge aus der Bonner Koalition im Streit, für die ersten zwei Krankheitswochen Arbeitnehmer mit einer 20prozentigen Lohnkürzung zu belegen.

Klaus Matthiesen, SPD-Fraktionsvorsitzender, warf den Koalitionsparteien in Bonn vor, sie seien dabei, den Sozialabbau zu forcieren. Die jetzige Diskussion sei nur Teil einer jahrelangen Übung der Bundesregierung auf diesem Gebiet. Und das, obwohl sich der Krankenstand unter Arbeitnehmern trotz gegenteiliger Behauptungen auf dem gleichen Niveau wie vor 30 Jahren bewege, es handle sich also größtenteils um „reine Polemik“. In Dreiviertel aller Fälle betrage die Dauer der Arbeitsunfähigkeit mehr als drei Wochen, rund 40 Prozent der Arbeitsunfähigkeitsstage entfalle sogar auf eine Dauer von sechs Wochen wegen Krankheit. „Von Entgeltabschlägen wären demnach in erheblichem Maße chronisch Kranke und ältere Arbeitnehmer getroffen und betroffen“, stellte Matthiesen fest, „es wäre grotesk, wenn jetzt kranke Menschen nach diesem Vorschlag die Pflegeversicherung finanzieren sollten, auf die ältere und behinderte Menschen angewiesen sind.“ Das wäre ein „Mißbrauch“ des Abkommens mit der SPD, das zur Pflegeversicherung geschlossen worden sei. Man wehre sich nicht gegen einen notwendigen Umbau des Sozialstaats, aber einer Politik des Sozialabbaus erteile man eine klare



SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen (l.) und Daniel Kreutz (GRÜNE, r.).

Absage. Die Finanzierung des Sozialstaats wäre auf Dauer sicher, wenn Arbeitslosigkeit abgebaut würde.

Hermann-Josef Arentz (CDU) warf der SPD vor, sie wolle von ihrer eigenen Untätigkeit ablenken, indem sie im Landtag über Bundespolitik diskutiere. Die SPD solle sich nicht so aufspielen, als sei der Sozialstaat bei ihr in besseren Händen als bei der CDU, betonte Arentz und warf der Landesregierung vor, sie bekämpfe die Arbeitslosigkeit nur mit einem Prozent der Haushaltsmittel, die Quote des Bundes liege bei acht Prozent. Der Abgeordnete hielt der Landesregierung Kürzungen im Sozialetat vor und warf ihr vor, in einer Zeit, wo die Sozialkassen in der Gefahr der Ausplünderung und des Mißbrauchs



CDU-Sprecher Hermann-Josef Arentz (l.) und Minister Axel Horstmann (SPD, r.). Fotos: Schälte

stunden, Tausende älterer Arbeiter und Angestellten zu Lasten der Rentenversicherung in den Ruhestand zu schicken. Wer sich da zum sozialpolitischen Idol der Republik aufspiele, der mache den „Bock zum Gärtner“. Er schloß: „Für die CDU-Landtagsfraktion steht die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht zur Disposition.“

Daniel Kreutz (GRÜNE) begann: „Wenn Herrn Arentz der letzte Satz nicht mehr eingefallen wäre, hätte er komplett am Thema vorbeigeredet.“ Bonn reiche offenbar die Bestrafung der Arbeitnehmer durch Selbstbeteiligung bei Medikamenten, Krankenhauskosten, Kuren und zahnärztlichen Leistungen noch nicht, sie sollten offenbar auch noch dafür bestraft werden, „daß sie mit ärztlicher Beihilfe den Wirtschaftsstandort Deutschland durch Verweigerung der Arbeits- und Überstundenleistung in unerhörter Weise belasten“. Das „perfidie“ Muster, nach der die Standortdiskussion laufe, laute: „Wenn ihr kleinen Leute den Arbeitgebern nicht alles gebt, was die wollen, dann werden sie euch die Arbeitsplätze wegnehmen. Das ist Erpressung als Massendelikt.“ Vielleicht sei das Ganze auch nur ein Manöver, um die Aufmerksamkeit der Menschen von den geplanten Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe abzulenken. Er sehe mit „Neid“ nach Frankreich, wo Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihrer zivilen Rebellion gegen Sozialabbau „ein Zeichen der Hoffnung in Europa aufgepflanzt haben“.

Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) nannte den Vergleich der arbeitsmarktpolitischen Leistungen von Bund und Land nicht ernst zu nehmen: Sie wichen deshalb so voneinander ab, weil der Bund für die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland verantwortlich sei. Die Bonner Vorschläge seien nicht neu, nicht originell und paßten schon gar nicht in die Weihnachtszeit. Mit allerlei Alibiargumenten werde versucht, „ein zentrales sozialpolitisches Element unserer Gesellschaft erst ins Gerede und dann zu Fall zu bringen“. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sei Ende der fünfziger Jahre nach 16wöchigem Streik durchgesetzt worden, heute sei sie tarifrechtlich für 80 Prozent der Beschäftigten abgesichert und seit 1969 gesetzlich verankert. Wer Lohnfortzahlung als „Relikt aus dem Sozialstaat“ diffamiere und gegen sie vorgehe, „will gegen den Sozialstaat vorgehen“. Aber der sei die Grundvoraussetzung für die Demokratie im Lande, für

den inneren Frieden und ökonomischen Wohlstand. Wer jetzt von Solidarität auf Konfrontation umschalten wolle, der spiele alle gegeneinander aus, „die Kranken gegen die Pflegebedürftigen, die Arbeitslosen gegen die Beschäftigten, die erwerbstätige Generation gegen die Rentner“. Das lasse für die Zukunft Schlimmes befürchten. Der Minister: „Nordrhein-Westfalen wird diesen Weg nicht gehen“.

Laurenz Meyer (CDU) qualifizierte die Aktuelle Stunde als „Schuß in den Ofen“. Es gehe der SPD allein um „Ablenken von der eigenen, schlechten Politik“. Die Lohnfortzahlung sei sicher ein, aber nicht das einzige Thema bei der Frage, „wie wir die Kosten in unserer Wirtschaft auf ein vernünftiges Maß begrenzen können“. Neben Arbeitskosten gehe es darum, wie durch ihre Begrenzung dafür gesorgt werden könne, „daß nicht so viele vor der Tür stehen, die keine Arbeit haben“. Wer könne zum Beispiel erklären, daß in Berlin 37 Krankheitstage anfallen, in Thüringen aber nur neun? Oder daß am Bau, wo bei Wind und Wetter gearbeitet werde, 20 Krankentage, im öffentlichen Dienst hingegen 28,5? Damit müsse man sich beschäftigen: Wie die Zukunftsbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern sind, damit wieder mehr Menschen Arbeit finden.

Wolfram Kuschke (SPD) meinte, was die CDU hier biete, das sei an „Zynismus und Vorbeschleichen an der Fragestellung“ nicht zu überbieten. Keiner von beiden Rednern habe sich mit der Frage von Krankheit und Gesundheit von Menschen beschäftigt, sondern dies nur unter dem Blickwinkel von Drückebergertum und Kosten gesehen. Das sei ein unvergleichbarer Vorgang. Aufgrund seiner Haltung zu den Versuchen des Sozialabbaus sei der Bundesarbeitsminister ein Mann, „von dem man, was seine Glaubwürdigkeit angeht, nicht einmal eine gebrauchte Fahrradklingel mehr kaufen kann“. Die Debatte im Landtag zeige: „Auf die CDU-Fraktion ist in der Frage des Widerstands gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall überhaupt nicht zu rechnen“. Sie beteilige sich weiter am Sozialabbau und leiste keinen Widerstand gegen die Pläne in Bonn.

Dr. Axel Horstmann (SPD) sah im Land keine Aufbruch-, sondern allenfalls Abbruchstimmung, weil jede Woche ein neuer sozialpolitischer Abbauvorschlag auftauche. Die Lohnnebenkosten könnten gesenkt werden, wenn die Sozialversicherungssysteme endlich von versicherungsfremden Leistungen befreit würden.

Daniel Kreutz (GRÜNE) dankte für die Feststellung Matthiesens, daß mit der SPD eine zusätzliche Kompensation bei der zweiten Stufe der Pflegeversicherung in Frage komme. Zu den Fehlzeiten im öffentlichen Dienst sei festzuhalten, daß das Beschäftigungsalter in diesem Zweig deutlich höher liege als in belasteten Bereichen der Privatwirtschaft. Der höhere Krankenstand sei sozusagen „beschäftigungsstrukturbedingt“. In der Bauwirtschaft sei es so, daß nur noch ein Drittel gesund das Rentenalter erreiche. Darum sinke hier der altersbedingte Krankenstand. Da Mißbrauch und Blaumacherei zu unterstellen, treibe die „demagogische Spaltung der Gesellschaft“ voran.

CDU verlangt Notprogramm für Bibliotheken

„Bibliothekswesen in NRW vor dem Aus – Landesregierung sieht tatenlos zu“ ist die Überschrift eines Antrags der CDU-Fraktion (Drs. 12/436), den der Landtag nach Erörterung an den federführenden Ausschuß für Schule und Weiterbildung überwies.

Richard Blömer (CDU) sah die Bibliotheken im Lande von der sozialdemokratisch geführten Landesregierung „schmählich im Stich gelassen“. 1994 seien 48 öffentliche Bibliotheken im Lande geschlossen worden, in den letzten sechs Jahren seien es insgesamt 112 Einrichtungen gewesen. 1990 hätten die öffentlichen kommunalen Büchereien noch 6,7 Millionen Mark erhalten, im kommenden Jahr sollten nur noch 4,8 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Angesichts dieser Daten könne es nicht überraschen, daß die Ausleihquote für Bücher und andere Medien im Jahr 1994 als Folge der reduzierten Verfügbarkeit und Aktualität der Bestände um 7,4 Prozent zurückgegangen sei. Die Landesregierung müsse aus ihrer Lethargie gebracht werden; erforderlich sei jetzt ein Notprogramm, eine ungeschminkte Bestandsaufnahme und Schritte zur Sicherung des Bibliothekswesens in den nächsten Jahren.

Kulturministerin Ilse Brusis (SPD) stellte richtig: Es sei eine geschlossen worden, bei den restlichen 47 handele es sich um Zweigstellen und Bücherbusse. Auch diese Schließungen seien „kulturpolitisch äußerst bedenklich“. Das Land sehe der Entwicklung keineswegs tatenlos zu, dem Bibliothekstitel sei eine Million mehr zugeflossen, so daß insgesamt der Ansatz für 1994 und 1995 wieder erreicht worden sei. Diese Mittel würden für den Ankauf von Büchern und anderen Medien in den kommunalen Bibliotheken aufgewendet. Das Land habe aber nicht die Funktion, ausfallende kommunale Mittel zu ersetzen, betonte die Ministerin.

Jarka Pazardiora-Merk (SPD) unterstrich, landesweit sei die Grundversorgung mit öffentlichen Bibliotheken weiterhin sichergestellt. Die Unterhaltung der Büchereien müsse auch künftig kommunale Aufgabe bleiben, die Landesförderung habe ohnehin bisher nur einen Anteil von drei Prozent der erforderlichen Mittel. Angesichts der rasanten Entwicklung neuer Informationstechniken sei nach der zukünftigen Rolle öffentlicher Bibliotheken zu fragen, ob die technische Ausstattung den Anforderungen einer Informationsgesellschaft genüge und welche neuen Schwerpunkte gesetzt werden müssen.

Brigitte Schumann (GRÜNE) sah die Gefahr, daß durch die Entwicklung im Bereich öffentlicher Bibliotheken der öffentliche Zugang zu Information und Literatur immer mehr entfallende und die Menschen genötigt würden, sich privat über Datenautobahnen die Informationen anzueignen; das habe mit dem demokratischen Anspruch der Zugänglichkeit nicht mehr viel zu tun. Es gelte das Informationschaos zu entwirren.



Eine russische Delegation von Bildungspolitikern hat die Kreise Düren und Euskirchen im Rahmen des vom Außenministerium geförderten Programms „deutschsprachige Kindergärten in der GUS“, besucht, um sich über deutsche Kindergärten und Ausbildungssysteme zu informieren. Der SPD-Abgeordnete Adolf Retz (3. v. r.) empfing die Delegation im Landtag, wo ein Gespräch mit Schulministerin Gabriele Behler (SPD, 5. v. r.) stattfand.
Foto: Schälte

Kommunalwahlrecht für EU-Angehörige

Auf Empfehlung des Ausschusses für Innere Verwaltung (Drs. 12/453) hat der Landtag das Gesetz zur Einführung des Kommunalwahlrechts für Unionsbürger/innen in zweiter Lesung einstimmig verabschiedet. Damit wurde dem Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 12/175) mit Ausnahme der als unzureichend geschlechtsneutral angesehenen Überschrift – die Landesregierung war von Unionsbürgern ausgegangen – zugestimmt.

Heinz Wirtz (SPD) begrüßte für seine Fraktion, daß künftig hier lebende Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sich an Kommunalwahlen aktiv und passiv beteiligen können. „Sie dürfen künftig mitwählen, sind aber auch für alle kommunalen Ämter wählbar und können an Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden nach der Gemeindeordnung, also aktiv am kommunalen Geschehen, umfassend mitwirken“, stellte Wirtz fest und ergänzte, daß umgekehrt auch Deutsche von diesem Kommunalwahlrecht profitieren, die sich ihren Wohnort in einem anderen Staat der Union gesucht hätten. Der Wunsch der CDU, Unionsbürgern, die in ihrer Heimat das passive Wahlrecht verloren hätten, auch hier von der Wählbarkeit auszuschließen, stehe in keinem Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen, da zu diesem Zweck ein europaweiter Datenaustausch erforderlich wäre. Daher lehne man den CDU-Änderungsantrag ab.

Heinz Paus (CDU) begrüßte den Gesetzentwurf, lehnte aber für seine Fraktion das Wahlrecht für alle Ausländer nachhaltig ab. „Für uns bedeutet Wahlrecht Ausprägung des Staatsbürgerrechts“, nur wer die Staatsbürgerschaft habe, dürfe nach dem Staatsverständnis der Union auch wählen. Die sich entwickelnde gemeinsame Staatlichkeit der EU-Bürger rechtfertige es, den hier lebenden EU-Bürgern auf Gegenseitigkeit ein

kommunales Recht einzuräumen. Auch sei man der Auffassung, daß sich dieses Wahlrecht im europäischen Verbund in Richtung Landtag und Bundestag weiterentwickeln müsse. Wenn Deutschland in den letzten Jahren auch faktisch zu einem Einwanderungsland geworden sei – und es lasse sich trefflich darüber streiten, ob dies so bleiben solle –, dann sollten auch die Regelungen der Einwanderungsländer übernommen werden, die von den Zugewanderten verlangen, daß sie sich nach einer bestimmten Frist einbürgern lassen.

Jamal Karsli (GRÜNE) monierte, daß es in Deutschland auch nach 40 Jahren faktischer Zuwanderung noch keine Einwanderungspolitik gebe. Ausländerpolitik werde immer noch über die Köpfe der Migrantinnen und Migranten hinweg betrieben. „Für jeden Zehnten in unserer Demokratie ist es eine Zuschauerdemokratie, weil er keinen deutschen Paß in der Tasche hat“, urteilte der Sprecher und fand, das kommunale Wahlrecht allein für EU-Angehörige verfolge eine Politik des „Teile und Herrsche“.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) dankte für die zügige Beratung, die die Umsetzung der EG-Richtlinie ermögliche und ihn, den Innenminister, in die Lage versetze, die notwendige Änderung der Kommunalwahlordnung rechtzeitig vorzunehmen. Weiterhin sei man der Auffassung, daß das allgemeine kommunale Wahlrecht für die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu fordern sei, denn auch nach Gewährung dieses Rechts für EU-Bürger seien immer noch mehr als Zweidrittel der hier lebenden Ausländer vom Wahlrecht ausgeschlossen. „Das allgemeine kommunale Wahlrecht für alle Ausländer bleibt ein politisches Ziel der Landesregierung.“ Derzeit fehlten aber die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung.

AIDS zählt immer noch zu unheilbaren Krankheiten Nur Aufklärung und Prävention bieten einen Schutz

AIDS stellt auch in Nordrhein-Westfalen nach wie vor eine große Gefahr da, auch wenn das öffentliche Bewußtsein inzwischen mit einer gewissen Gelassenheit auf diese immer noch nicht heilbare Krankheit reagiert. Sprecher aller Fraktionen betonten daher bei der Aussprache über den gemeinsamen Resolutions-Antrag von SPD und Grünen zum Welt-AIDS-Tag 1995 „AIDS-Politik konsequent weiterentwickeln/gemeinsame Rechte durchsetzen – gemeinsame Verantwortung unterstützen“ die Notwendigkeit von Prävention. Gesundheits- und Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) berichtete, die Landesregierung werde ihre Personalförderprogramme im AIDS-Bereich mit einem Haushaltsvolumen von rund 7,4 Millionen Mark unverändert weiterführen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Koalitionsfraktionen angenommen, ein Entschließungsantrag der CDU abgelehnt (Drs. 12/434 und 483).

Marc Jan Eumann (SPD) sagte zu dem neuen „AIDS-Alarm“, der in Deutschland ausgerufen worden sei, ein vermeintlich neuer Virus mit der wissenschaftlichen Bezeichnung Subtyp B sei entdeckt worden. Hochgefährlich, hochansteckend solle er sein. Daß man aber diesen Subtyp B, einer der neuen bisher bekannten Virusvarianten, zwar schon seit 1987 kenne, daß die Berechnung der höheren Ansteckungsgefahr wissenschaftlich gesehen auf ziemlich wackeligen Füßen stehe, und daß die Übertragungswege die gleichen seien, die alle AIDS-Viren weiter verbreiteten, all das sei von Medien leichtfertig weggewischt worden. Es gelte, für die meisten sei AIDS immer noch außerhalb der eigenen Vorstellungswelt. Um so wichtiger sei es deshalb, daß man hier im Landtag eine Resolution zum Welt-AIDS-Tag verabschiede. Klar sei, trotz des medizinischen Fortschrittes zähle die Immunschwäche AIDS nicht zu den heilbaren Krankheiten. Deshalb blieben die wirksamsten Waffen gegen eine HIV-Infektion Aufklärung und

Prävention. Eumann wies darauf hin, daß der Anteil der jüngeren Altersgruppen, der Frauen, der über heterosexuelle Kontakte infizierten Menschen zunehme. AIDS sei kein Thema nur von vermeintlichen Randgruppen.

Daniel Kreutz (GRÜNE) kritisierte die Opposition, die CDU weise einseitig den Frauen die Verantwortung dafür zu, zum Schutz vor HIV-Infektionen auf der Verwendung von Kondomen zu bestehen. Dabei seien es doch gerade die Männer, die oft auf ungeschützten Verkehr bestünden. Auch spreche die CDU im Antrag durchgängig von Risikogruppen. Diese Begrifflichkeit signalisiere, daß die Infizierten bzw. die kranken Menschen eine Gefahr seien. Aus diesem Grunde lehnten die Selbsthilfen diese Begrifflichkeit ab. Kreutz berichtete, rund zwei Drittel aller Menschen, die sich heute in NRW mit HIV infizieren, seien schwule oder bisexuelle Männer. Die Verstärkung zielgruppenspezifischer Präventionsarbeit müsse daher

auch mehr als bisher darauf zielen, schwule und bisexuelle Erwachsene und Jugendliche in ihrer Lebenswirklichkeit zu erreichen. Eine zweite Zielgruppe müßten intravenöse Drogengebraucherinnen und -gebraucher sein.

Rudolf Henke (CDU) erklärte, in den letzten fünf Jahren habe die Ausbreitung des HIV-Virus auf heterosexuellem Infektionsweg dramatisch zugenommen. Die Infektionswege sähen so aus, daß 65 Prozent der in Deutschland Infizierten über männlich-männliche Sexualkontakte infiziert seien, 15 Prozent über intravenösen Drogenmißbrauch und zehn Prozent über heterosexuelle Kontakte. In keiner Gruppe von Infizierten sei die Steigerungsquote der Infektionen so hoch wie bei den heterosexuellen Kontakten. Es gebe unter ein Prozent Übertragung von Mutter auf Kind. Weltweit gebe es 20 Millionen infizierte Menschen, in Deutschland gegenwärtig 48 000 HIV-Infizierte, in NRW 12 000. Jedes Jahr kämen in NRW etwa 800 neue Infektionen mit dem HIV-Virus vor. Außer Prävention gebe es keine wirksamen Schutzmaßnahmen. Die Eindämmung könne nur über Verhaltensänderung erreicht werden. Warum die CDU die von SPD und Grünen eingebrachte Resolution nicht übernehme, umschrieb der Abgeordnete mit dem Satz: „Wir wollen nicht, daß der Landtag nur redet, sondern auch handelt.“ Es seien gerade die Betroffenen, die AIDS-Selbsthilfegruppen, die AIDS-Hilfen und die Schwulen-Initiativen, die erwarteten, daß sich etwas ändere.

Gesundheits- und Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) sagte, man könne es nicht bestreiten, die Aufmerksamkeit drohe allmählich verlorenzugehen, obwohl AIDS unverändert ein weltweites Problem darstelle. Seit vielen Jahren würden im Rahmen des AIDS-Landesprogrammes Maßnahmen zur Aufklärung der Bevölkerung durchgeführt. Im Mittelpunkt des Landesprogrammes stehe schon bisher ein breit angelegtes Maßnahmenbündel, das vorrangig auf eine gemeindenahere und personenbezogene AIDS-Prävention ziele. Die Bekämpfungsstrategie in NRW werde seit jeher von Zielvorstellungen geleitet. Sie reichten von allgemeinen und zielgruppenorientierten Präventionsmaßnahmen über die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Betreuungs- und Versorgungsangebotes für Infizierte und Kranke bis zur Bekämpfung der Ausgrenzung und Diskriminierung der Betroffenen. Mit ihren Förderprogrammen habe die Landesregierung entscheidend dazu beigetragen, daß inzwischen eine tragfähige örtliche Infrastruktur habe aufgebaut werden können.

Jens Petring (GRÜNE) erwähnte, daß nach wie vor „bei uns“ zwei Drittel aller Betroffenen „gleichgeschlechtlich liebende Männer“ seien. Deren doppelte Diskriminierung sei keineswegs Schnee von gestern. Er betrachte es deshalb als einen Ausdruck von besonderer Zivilcourage, wenn sich einzelne HIV-Positive oder an AIDS erkrankte schwule Männer stark genug fühlten, sich öffentlich zu äußern und damit die Gelegenheit für eine tabufreie Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen unter AIDS zu bieten.



Für sein langjähriges Engagement zum Wohl der Allgemeinheit vor allem im kommunalpolitischen Bereich ist der CDU-Abgeordnete Dietrich Thiede (l.) mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) überreichte in einer Feierstunde den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. In seiner Laudatio betonte der Präsident, die Belange der benachteiligten Kinder und Jugendlichen lägen Dietrich Thiede immer ganz besonders am Herzen. Seit 1967 sei er als Berufsberater und seit 1994 als 1. Berufsberater für Behinderte beim Arbeitsamt Herford tätig. Sein größtes Engagement habe seit 1969 – als Vertreter der Bundesanstalt im Beirat – dem Aufbau des Wittekindhofes in Bad Oeynhausen als Berufsbildungswerk und seiner Erweiterung zu einer der größten Einrichtungen für Behinderte gegolten. Dem Landtag gehöre der stellvertretende Landrat seit 1995, der CDU seit 1972 an. Er sei ordentliches Mitglied im Ausschuß für Kommunalpolitik, im Petitionsausschuß sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie.

Foto: Schälte

CDU beklagt Nebenrolle des Fachs Sport an den Schulen des Landes

Koalitionsfraktionen wollen Angebote außerhalb des Unterrichts verstärken

Obwohl im Sportunterricht, wie in keinem anderen Schulfach, zugleich die körperliche und geistige Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gefördert werden könne, stehe der Bedeutung des Schulsports die Situation an den nordrhein-westfälischen Schulen diametral entgegen: „Die Ausfallquoten für den Sportunterricht belaufen sich auf bis zu zehn Prozent.“ Diese Feststellungen trifft der Antrag der CDU-Fraktion (Situation und Entwicklung des Sportunterrichts in NRW, Drs. 12/386), der Ende November vom Plenum in direkter Abstimmung abgelehnt wurde. Angenommen wurde statt dessen der Entschließungsantrag von SPD und Grünen (Drs. 12/446), in dem unter anderem die zeitgemäße Weiterentwicklung der Richtlinien und Lehrpläne für den Schulsport, zusätzliche Angebote der Schulen für Bewegung, Spiel und Sport und die Aufwertung von Sport und Schulsport in der Öffentlichkeit gefordert werden. Zudem solle die Landesregierung bis zum Ende kommenden Jahres einen umfassenden Bericht über den Schulsport vorlegen.

Klaus Stallmann (CDU) wies darauf hin, der Schulsport stelle eine „der ganz zentralen Möglichkeiten der Schule zur Erziehung der Kinder und Jugendlichen dar“. Wie in kaum einem anderen Fach gelte der Satz: „Was hier versäumt wird, ist später kaum noch oder unter größten Kosten und Mühen aufzuholen.“ Für die Planung der Unterrichtsversorgung wachsender Schülerzahlen — in den nächsten acht Jahren sei mit ihrer Steigerung um 400 000 zu rechnen — seien drei Unterrichtsstunden Sport pro Woche als Minimalforderung anzusehen, betonte Stallmann. Das Erfordernis vorausschauender Politik gelte auch bei der Entwicklung der Zahl der Sportlehrer und bei der Versorgung mit Sportstätten. Die dritte Sportstunde sei eine alte CDU-Forderung, fuhr er fort, bei der es nicht um Parteipolitik, sondern vielmehr um Sicherung und Entwicklung der Gesundheit und des Sozialverhaltens der Kinder gehe. Eine vorausschauende Sport- und Schulpolitik müsse zunächst einmal auf der Basis von drei Sportunterrichtsstunden für konkrete Informationen sorgen: „Nur dann, wenn wir heute wissen, was wir bei über mehr als drei Millionen Schülerinnen und Schülern an den einzelnen Schulformen an Bedarf haben, an ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern und ausreichender Sportstättenversorgung, nur dann kann Landespolitik die Gesundheit und das Sozialverhalten unserer Kinder und Enkelkinder für die Zukunft sichern.“

Dr. Hans Kraft (SPD) bezeichnete den CDU-Antrag als „alten Hut aus der letzten Legislaturperiode“, wobei zwischen damals und jetzt ein „Substanzverlust“ festzustellen sei, denn vor anderthalb Jahren sei die Union noch von der ganzheitlichen Bedeutung des Sportunterrichts ausgegangen, während sie jetzt allein den quantitativen Aspekt in den Vordergrund stelle. Er, Kraft, bedaure, daß die antragstellende Fraktion auf direkter Abstimmung bestehe, denn anderenfalls hätte man sich im zuständigen Ausschuß über den Antrag eingehend austauschen können. Im weiteren ging der Sprecher auf die Forderungen des Entschließungsantrags von SPD und Grünen ein. Er wies auf die Defizite junger Menschen schon bei Schulbeginn hin, die dann später im Sportunterricht nicht mehr behoben werden können; darum werde die SPD die drei Sportstunden „mit Zähnen und Klauen verteidigen“. Deswegen gingen die antragstellenden Fraktionen über die Forderungen des CDU-Antrags hinaus, indem sie

eine Reihe von Berichten von der Landesregierung verlangten und nach Auswirkungen und Chancen des Zuschnitts des neuen Ministeriums fragten. Der CDU-Antrag reiche nicht weit genug, SPD und Grüne wollten dagegen mit ihrem Entschließungsantrag Konzeptionen für die Zukunft sehen, Konsequenzen erfragen und „nicht nur Zahlen, Daten, Fakten und quantitative Erhebungen“.

Brigitte Schumann (GRÜNE) sah Einigkeit darin, „daß der Schulsport quantitativ und qualitativ verbessert werden muß“. Schulsport als Fach sei in den letzten Jahren zunehmend aus dem Fächerkanon herausge-

sports und wunderte sich über die Grundannahmen der Union: „Entgegen der Ansicht der CDU gehen die geltenden Richtlinien und Lehrpläne für den Sportunterricht im Lande Nordrhein-Westfalen von drei und nicht von zwei Wochenstunden Sport für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I aus.“ Der Sport in der Schule sei mehr als nur ein Fach: Schulsport umfasse neben dem Unterricht auch außerunterrichtliche Angebote — „und zwar ganz bewußt nicht als Ersatz für das Fach Sport, sondern als Ergänzung zum unterrichtlichen Sport“. Im Lande gebe es ein weites Verständnis, weil nach Auffassung der Landesregierung die Verbindungen zwischen Schule und außerschulischem Sport, die Kooperation zwischen Schule und Verein, als wichtige Elemente künftiger Sportpolitik Bestand haben würden, betonte die Ministerin; dadurch erhalte der Erziehungsbereich Schulsport sein unverwechselbares Profil. Die im letzten Jahr von der Landesregierung eingeleiteten Aktivitäten zur Schulsportentwicklung hätten über die Landesgrenzen hinaus Beachtung, Zustimmung auch Nachahmer gefunden. Diese Bemühungen würden fortgesetzt.

Gerd Mai (GRÜNE) wertete den Umstand, daß zahlreiche Kinder und Jugendliche dem Sportunterricht fernbleiben, als Frage nach der Qualität und Attraktivität von Sportunterricht. Es gehe darum, wie es Kin-



Den ganzheitlichen Wert des Sportunterrichts gewürdigt (v. l.): Klaus Stallmann (CDU), Dr. Hans Kraft (SPD), Brigitte Schumann (GRÜNE) und Sportministerin Ilse Brusis (SPD).
Fotos: Schälte

drängt worden, daran sei die CDU durchaus nicht so unschuldig, wie sie jetzt in ihrem Antrag tue. Ihr als „Nicht-Sportpolitikerin“ komme es auf ein verändertes Leitbild des Faches Sport an; so sei die Bedeutung, die der „Verlust von Körpergefühl, sinnlich-ästhetischer Wahrnehmung in dem gesellschaftlichen Alltagsleben von Kindern und Jugendlichen nach sich zieht“, zu diskutieren, und auch den Aspekt von Feminismus und Sport wolle sie beachtet wissen, da „sich Mädchen und junge Frauen oft gar nicht so leistungsfähig oder sich kleiner fühlen als die Männer und die männlichen Jugendlichen“. Schumann: „Im Zeichen reflektiver Koedukation müssen wir hier für Veränderungen auch im Bewußtsein der Sportlehrerschaft sorgen.“ Die Gleichsetzung von Sport und Leistung sei aufzubrechen und eine stärkere Verbindung zur ästhetischen Seite herzustellen: „Ich plädiere für integrierte Konzepte, bei denen Vitalität von Jugendlichen aus dem wiederentdeckt wird, was man spielerisch und durch Bewegungen an Kreativem entfalten kann.“

Sportministerin Ilse Brusis (SPD) betonte die pädagogische Bedeutung des Schul-

und Jugendlichen ermöglicht werde, ihren natürlichen Bewegungsdrang umzusetzen — nicht nur im Schulsport, sondern auch darüber hinaus. Manchmal seien kleine Weichenstellungen und nicht große Investitionen erforderlich, um die erforderlichen Bewegungsräume zu schaffen. Außerdem sollte sich der Schulsport nicht immer in erster Linie den Leistungsstarken widmen, es seien vielmehr die Leistungsschwächeren zum Sport zu motivieren.

Leonhard Kuckart (CDU) wies das Wort vom Substanzverlust in der Sportpolitik seiner Fraktion zurück, der vorliegende Antrag habe eine andere Zielrichtung als die unstrittigen qualitativen Aspekte der Sporterziehung. Die Union habe die Befürchtung, daß mit der Ansiedlung des Schulsports im neuen Ministerium die Landesregierung „den ersten Schritt getan hat, sich vom Sportunterricht an den Schulen zu verabschieden“. Für ihn mache es jedenfalls keinen Sinn, den Sport, der für ihn dieselbe Bedeutung habe wie Mathematik und Englisch, dem Schulministerium wegzunehmen und einem Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport zuzuweisen.

Hauptausschuß: Neues Institut, verschobene Reise und der Extremismus

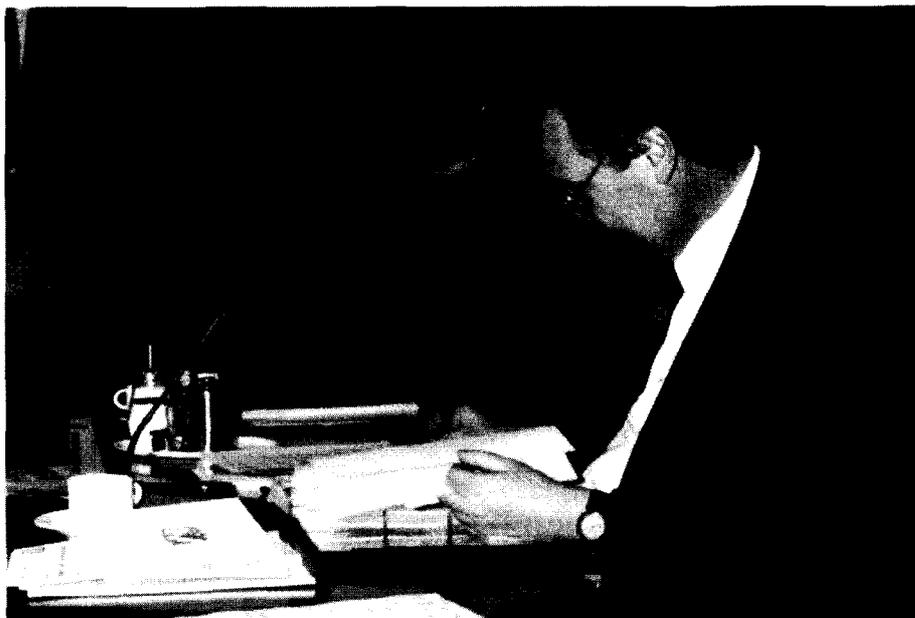
Medienkompetenzzentrum in Marl hat Schlüsselfunktion für Nordrhein-Westfalen als Multimedia-Modellregion

Die Stadt Marl soll ein Medienkompetenzzentrum erhalten. Der für die Medienpolitik zuständige Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement (SPD), nannte dieses Medienkompetenzzentrum bei einer Sitzung des Hauptausschusses unter der Leitung seines stellvertretenden Ausschußvorsitzenden Lothar Hegemann (CDU) „ein zentrales Projekt der Landesinitiative MEDIA NRW“. „Ich messe diesem Projekt auf unserem Weg, Nordrhein-Westfalen zu einer europäischen Modellregion für die Multimedia-Zukunft auszubauen, eine Schlüsselbedeutung zu“, betonte Clement. Die CDU-Opposition fragte nach Chancen der Kooperation mit der anderen im Medienbereich tätigen Marler Einrichtung, dem Adolf-Grimme-Institut. Clement wollte eine Zusammenarbeit nicht ausschließen, er unterstrich indessen den „absolut eigenen Rang“ des Medienkompetenzzentrums.

Dieses Zentrum soll nach den Vorstellungen des Wirtschaftsministers dazu beitragen, daß die Entwicklung und Nutzung der Multimedia-Techniken im Land „menschen- gerecht, sozialverträglich und kulturgerecht“ geschehen. Dabei soll es die Aneignung von Medienkompetenz und den selbstbestimmten Umgang mit neuen Medientechniken in Betrieben und Verwaltungen, Schulen, Hochschulen und Weiterbildung, in Einrichtungen der Jugend- und Sozialarbeit, in kulturellen Einrichtungen und in den Medien selbst fördern.

Nach Darstellung des Ministers bedeutet Medienkompetenz: Kenntnis und Verständnis vorhandener Medienangebote, ihrer Produktionsbedingungen und Wirkungsweisen, Nutzungspotentiale und Gestaltungsoptionen, ferner die Fähigkeit zur ethisch verantwortlichen Herstellung und Gestaltung von Medien, die Fähigkeit, selbstbestimmt, verantwortlich und kreativ Medien für bestimmte Zwecke in der Freizeit, im Beruf und in Bildungsprozessen zu nutzen sowie die Fähigkeit zur „reflexiven Durchdringung“ von Chancen und Risiken, Vor- und Nachteilen bestimmter Medien und Formen der Medien-nutzung.

Clement bekräftigte, das Medienkompetenzzentrum werde selbst darangehen müssen, seine Aufgabenfelder im einzelnen abzu- stecken und auszugestalten. Besonderes Gewicht maß er der Sammlung, Analyse und Dokumentation von Informationen zur Multi- media-Evolution und zur Entwicklung der In- formationsgesellschaft bei, weiterhin der Er- stellung einer Bestandsaufnahme der im Land Nordrhein-Westfalen bereits bestehen- den Aktivitäten und Projekte zur Förderung von Medienkompetenz, der Begleitung und Organisation von Pilotprojekten, der Schaf- fung von Foren, der Vergabe und Durch- führung von Forschungsprojekten, dem Auf- bau eines Netzwerks von Medienzentren in NRW, der Herstellung von Öffentlichkeit, der Fortbildung von Multiplikatoren, dem Aufbau eines Beratungsnetzwerks und eines Infor- mationssystems für Eltern, Lehrer und Wei- terbildner, der Förderung der Herstellung und Verbreitung von Medienangeboten, an denen ein öffentlicher Bedarf besteht, der Vergabe von Testaten und Gütesiegeln zur Förderung von Qualitätsprodukten etwa bei Lehr- und Lernsoftware, Multimedia-Angeboten für Kin- der und Videospielen sowie der Bewertung technischer Innovationen und wirtschaftli- cher Potentiale im Medienbereich nach quali- tativen Kriterien und der Politikberatung. Der Wirtschaftsminister verwies darauf, seit einigen Tagen habe man mit der Umsetzung der operativen Idee begonnen. Als Grün- dungsbeauftragter sei Professor Dr. Bernd Peter Lange, der Generaldirektor des Eu- ropäischen Medieninstituts benannt worden.



Leitete für den erkrankten Vorsitzenden des Hauptausschusses, Klaus Matthiesen (SPD), die Sitzung: Stell- vertretender Vorsitzender Lothar Hegemann (CDU). Foto: Schälte

„Wir haben dem Europäischen Medieninsti- tut zugleich den Auftrag erteilt, gemeinsam mit uns das Medienkompetenzzentrum aus- zubauen“, sagte Clement. Ziel sei es, die Vor- bereitungsarbeiten soweit zu beschleunigen, daß das Medienkompetenzzentrum im Jahre 1996 seinen Betrieb in Marl aufnehmen könne. Man setze dabei auf enge Partner- schaft mit der Landesanstalt für Rundfunk, mit dem Adolf Grimme Institut, mit der Ber- telmann Stiftung und mit vielen anderen In- stitutionen aus der kommerziellen und nicht- kommerziellen Welt. Das Team für den Auf- bau stehe. Ein Gründungsbüro werde in Kürze in Marl eingerichtet.

Kein Ableger

Bei der Diskussion verwies die stellvertre- tende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi auf ein Schreiben der Bundesprä- sidentin Professor Dr. Rita Süsmuth, wonach diese sich vor einem Jahr mit Clement in der Einschätzung einig gewesen sei, daß das von der Landesregierung geplante Medien- kompetenzzentrum in Marl für das Adolf Grimme Institut des Deutschen Volkshoch- schulverbandes eine große Chance und Möglichkeit sei, aus seinen strukturellen Fi- nanzierungsnoten herauszukommen. Frau Hieronymi fragte: „In welcher Form stehen Sie zu Ihrer Zusage, daß das Adolf Grimme Institut in Zusammenarbeit mit dem Medien-

kompetenzzentrum eine Chance hat, die in- haltliche Arbeit zu forcieren und aus den Fi- nanzierungsnoten herauszukommen?“ Der Minister nannte daraufhin eine Zusammen- arbeit selbstverständlich. Er habe aber nie die Vorstellung gehabt, daß das Adolf Grimme Institut mit Aufgaben des Medien- kompetenzzentrums betraut werde. Dieses müsse von Grund auf neu entwickelt und könne kein Ableger werden, aus seiner Sicht „eine überragend wichtige Aufgabe“. Der Mi- nister räumte ein, daß das Adolf Grimme In- stitut selbstverständlich dabei Aufgaben aus dem gesamten Spektrum (siehe oben) über- nehmen könne.

Manfred Degen (SPD), Obervolkshochschul- rat a.D. aus Marl, erinnerte daran, die Bemühungen der Stadt Marl hätten sich vor Jahren auch darauf gegründet, ein zweites unabhängiges Standbein im Medienbereich in Marl zu etablieren. Für die SPD in Marl könne er sagen, daß man ausgesprochen zufrieden sei mit der Dimension, die das jetzt annehmen werde.

Der GRÜNE-Fraktionssprecher Roland Appel machte darauf aufmerksam, daß die freien Radiowerkstätten sehr intensiv in den Städten mit den Schulen zusammenarbeite- ten, zum Beispiel in Düsseldorf. Man wolle ja Medienkompetenz an die Schülerinnen und Schüler heranbringen. Er wollte wissen, ob vorgesehen sei, daß freie Radiowerkstätten in die Förderung mit hineinkommen könnten. Der Minister schloß im Rahmen der allge- meinen Nutzung eine Chance für die Radio-

werkstätten nicht aus. Er bezeichnete das Medienkompetenzzentrum als „prinzipiell offen für alle“.

Botschafter einbestellt

In einer Aktuellen Viertelstunde befaßte sich der Hauptausschuß mit der Weigerung der türkischen Regierung, eine Delegation der nordrhein-westfälischen Landesregierung, an der auch Parlamentarier beteiligt sein sollten, zu empfangen. Der Staatssekretär im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Riotte, rief in Erinnerung, die Landesregierung habe das Innenministerium am 19. September beauftragt, eine Delegationsreise in die Türkei vorzubereiten. Die Delegation sollte sich einen eigenen unmittelbaren Eindruck verschaffen können, ob es eine inländische Fluchtalternative für Kurden im Westen der Türkei gebe. Die Reise sei ordnungsgemäß über das Auswärtige Amt angemeldet worden. Außerdem seien der türkische Botschafter und der türkische Generalkonsul in Düsseldorf über die Reise informiert worden, die vom 21. bis 28. November habe durchgeführt werden sollen. Am 8. November habe das türkische Außenministerium den deutschen Botschafter in der Türkei einbestellt und erklärt, daß die geplante Reise als für die beiderseitigen Beziehungen nicht förderlich angesehen werde. Es sei daher wünschenswert, daß die Delegation von ihren Reiseplänen Abstand nehme. Der Vertreter des türkischen Außenministeriums habe betont, daß drei Mitgliedern der Delegation, dem Landtagsabgeordneten der Grünen, Siegfried Martsch, einem Dolmetscher sowie einem Vertreter einer Menschenrechtsorganisation mit deutscher Staatsangehörigkeit die Einreise in die Türkei nicht gestattet werde. Auch der Besuch von inhaftierten Parlamentariern komme nicht in Betracht. Deshalb sehe die Landesregierung keine Möglichkeit, die Reise, wie ursprünglich vorgesehen, durchzuführen. Sie halte aber grundsätzlich an dem Informationsbesuch fest und werde versuchen, die türkische Seite zu einer Änderung ihrer Haltung zu bewegen.

Bei der Aussprache nannte Grünen-Sprecher Roland Appel das Vorgehen der Türken „einen einmaligen, ungeheuerlichen Vorgang“. Er sprach von einem „diplomatischen Affront“. Appel verwies darauf, daß es sich bei der Türkei um einen Nato-Partner handele, der in die Zollunion mit der EU aufgenommen werden wolle. Der Türkei sei bekannt gewesen, warum diese Delegation reisen sollte, nämlich um die Frage der Verfolgungssituation der Kurden und die Lage der Kurden in der Westtürkei zu klären. Dies nicht zuzulassen, werte man als ein Eingeständnis der Türkei, daß es um die Lage der Kurden in der Westtürkei offensichtlich nicht gut bestellt sei.

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Birgit Fischer, unterstrich: „Ich halte den Vorgang, daß eine Einreise nicht möglich war, schon für einen ziemlichen Affront.“ Sie warnte gleichzeitig davor, daraus voreilige Schlüsse zu ziehen. Frau Fischer hielt fest an der Reise und bat die Landesregierung, diese Reise weiter zu verfolgen.

Auf erhebliche Bedenken der CDU-Fraktion wies der Abgeordnete Heinz Paus hin. Bei der letzten Besprechung habe man vor der Situation gestanden, „daß wir in den Wahlkampf in der Türkei hineinfahren“. Eine

Reise in den Wahlkampf hinein, stelle für alle Beteiligten erhebliche Probleme dar. „Wir könnten in der türkischen Innenpolitik instrumentalisiert werden“, meinte der CDU-Politiker. „Unser Petitum war: Laßt uns den Wahlkampf abwarten und dann fahren“, meinte Paus. Er plädierte dafür, daß in politisch ruhigeren Zeiten gefahren werde. Der Politiker stellte indessen fest, damit eine Reise weiter sachliche Erkenntnisse bringen könne, sei es dringend erforderlich, das Verhältnis zur Türkei nicht zu belasten.

CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linsen stellte Staatssekretär Riotte die Frage, ob er das Gefühl habe, daß sowohl der Zeitpunkt im Wahlkampf als auch die Rangigkeit der Besetzung zur Absage der Reise beigetragen habe. Wolfgang Riotte wollte daraufhin nicht ausschließen, daß, je höher der politische Rang sei, schon eine Beeinflussung in Wahlkampfzeiten gesehen werden könne. Er ging aber von der festen Überzeugung aus, daß eine Regierungsreise weiterhin stattfinden werde.

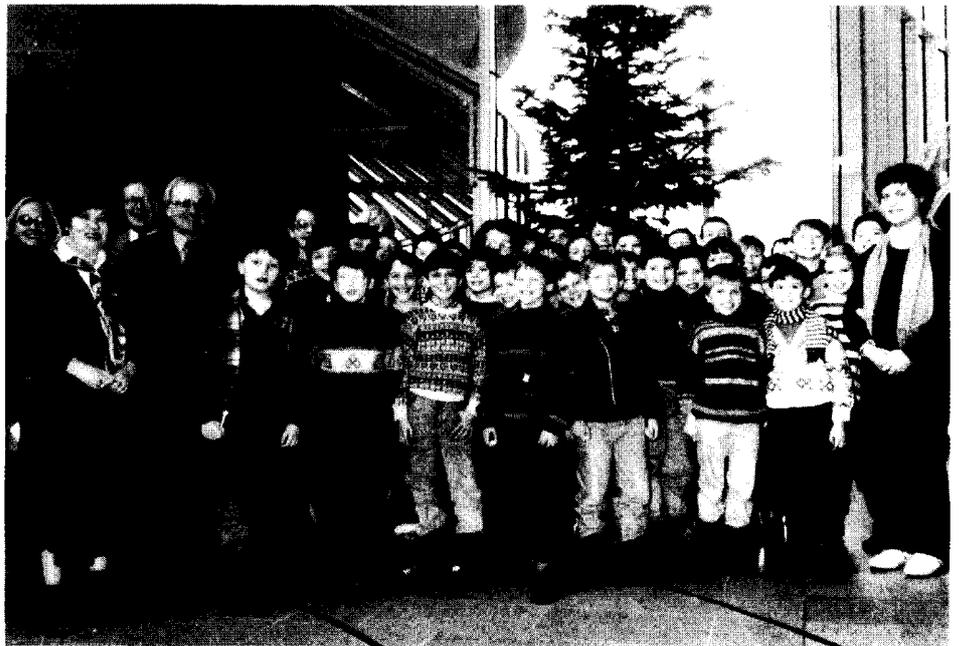
Neue Rechte und PDS

Als letztem Tagesordnungspunkt wandte sich der Hauptausschuß dem Verfassungsschutzbericht des Landes über das Jahr 1994 sowie dem Zwischenbericht 1995 zu (Drs. 12/74 und 174). Der Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium, Dr. Fritz-Achim Baumann, ging besonders auf die sogenannte „Neue Rechte“ und die PDS ein. Er stellte sich gegen den Eindruck, der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz beobachte die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ mit nachrichtendienstlichen Mitteln. Tatsächlich beschränke sich die Beobachtung auf das Lesen und Auswerten dieser Zeitung. Auch würden in NRW bisher keine

nachrichtendienstlichen Mittel gegen die PDS eingesetzt. Der Charakter und die Ausrichtung der PDS in NRW unterschieden sich deutlich von der PDS in den neuen Ländern. Auch nach aktuellen Erkenntnissen übten in NRW Angehörige von linksextremistischen Splittergruppen und auch Angehörige des autonomen Spektrums maßgebliche Funktionen innerhalb des PDS-Landesverbandes aus. Dies gelte insbesondere für den Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) und die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP).

Zu den fremdenfeindlichen Straftaten sagte Baumann, die rückläufige Tendenz setze sich fort. Im ersten Halbjahr 1995 habe das Landeskriminalamt in NRW 331 fremdenfeindliche Straftaten, davon 74 Gewalttaten registriert. Trotzdem sei festzuhalten, daß im ersten Halbjahr 1995 täglich durchschnittlich zwei fremdenfeindliche Straftaten in NRW begangen würden.

Nach Baumanns Ausführungen gab CDU-Fraktionschef Linsen seinem „Gefühl“ Ausdruck, der Chef des Verfassungsschutzes schätze die linksextremistische Gefahr für die Demokratie höher ein als die rechtsextremistische. Baumann entgegnete, eines müsse man deutlich sehen, was den Bereich angehe, „den wir als terroristischen bezeichnen“: Da sei die Gefahr von links deutlich höher als von rechts. Seinen Befund ergänzte Baumann mit dem Hinweis, in der Bevölkerung aber, vor allem in der jungen Bevölkerung, gebe es eine gewisse latente Bereitschaft zu rechtsextremistischer Ausrichtung. Auf die Frage des CDU-Abgeordneten Dr. Hans-Ulrich Klose, ob es Erkenntnisse auf eine angestrebte Zusammenarbeit zwischen rechten und linken Extremisten gebe, antwortete der oberste Verfassungsschützer: „Hier im Westen ist eine Zusammenarbeit zwischen links- und rechtsextremistischen Kräften bisher nicht festgestellt worden.“



Mit einem russischen Scherzlied und einem alten Volkslied aus 40 Knabenkehlen erfreute Anfang Dezember ein Chor aus St. Petersburg die Anwesenden im Kasino des Landtags. Das Besondere daran: Es sangen 8- bis 12jährige Buben, die sonst, wenn sich niemand um sie kümmern würde, auf den Straßen der Großstadt herumgammeln oder ihr Leben durch Bettelei und Diebereien fristen müßten. So aber werden sie betreut und zum Spielen, Lernen und eben Singen angehalten. Ermöglicht hat dies und den Aufenthalt in Deutschland dem Chor und seiner Begleitung das Düsseldorfer Arztehepaar Hanne und Jürgen von Schaumann-Werder, das seit einem Besuch in St. Petersburg und Konfrontation mit der Not der 20 000 Straßenkinder dort sich die medizinische und mitmenschliche Hilfe zur Aufgabe gemacht hat. Unser Bild zeigt Dr. von Schaumann-Werder (3.v.l.) neben Landtagsdirektor Prof. Heinrich A. Große-Sender zusammen mit den Jungen und ihrer Begleitung in der weihnachtlich geschmückten Eingangshalle des Landtags.

Frauenausschuß:

Arbeitsplätze im Haushalt rechtlich und sozial sichern

Im Ausschuß für Frauenpolitik standen in der von Helga Gießelmann (SPD) geleiteten Sitzung am 1. Dezember drei CDU-Anträge auf der Tagesordnung: „Durch ‚Mobilzeit‘ Arbeit familienfreundlicher und umweltgerechter gestalten“ (Drs. 12/314), „Vorfahrt für Familien in NRW“ (Drs. 12/124) und „Das Potential an Arbeitsplätzen in privaten Haushalten besser nutzen“ (Drs. 12/315).

Zu Beginn der Sitzung erläuterte ein Vertreter des MAGS kurz den bereits vorgestellten Gesetzentwurf der Landesregierung zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz zum 1.1.1996 (Drucksache 12/380). Er führte aus, daß niedrigere Elternbeiträge festgesetzt werden sollten, wenn die festgelegte Betreuungszeit die Regelöffnungsdauer wesentlich unterschreitet und die Nachmittagsbetreuung zur Überbrückung fehlender Kindergartenplätze mit Regelöffnungsdauer durchgeführt werde.

Regina van Dinther (CDU) wies in diesem Zusammenhang auf Härtefälle hin. Unter „Härtefällen“ will sie alle Frauen verstanden wissen, die nach Ende des gesetzlichen Erziehungsurlaubs einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz geltend machen. Das Jugendamt sei verpflichtet, in diesen Fällen Plätze zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuß wünscht eine Konkretisierung der besonderen Härtefälle gemeinsam zwischen der Landesregierung und den Kommunen und beschließt, die Überlegungen und Anregungen für einen entsprechenden Ausführungserlaß bzw. Richtlinien zur Konkretisierung besonderer Härtefälle in die Beratungen für die gemeinsame Sitzung am 6.12.1995 aufzunehmen.

Ein weiteres Thema des Ausschusses war in dieser Sitzung der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 12/314 – „Durch ‚Mobilzeit‘ Arbeit familienfreundlicher und umweltgerechter gestalten“. Der Vertreter des MAGS führte aus, daß in der Arbeitszeitdebatte für die Beschreibung der zunehmenden Flexibilisierung der Gebrauch unterschiedlicher Begriffe wie „Mobilzeit“, „Wahlzeit“ und „Arbeitssoveränität“ gebräuchlich seien. Der von der CDU-Landtagsfraktion verwendete Begriff „Mobilzeit“ gehe dabei auf eine Wortschöpfung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (BMA) aus dem Jahre 1995 zurück. Nach der Definition der BMA-Gemeinschaftsinitiative mit dem Bundesfamilienministerium und der Bundesanstalt für Arbeit steht „Mobilzeit“ für Wochen- und Tageszeitkorridore, flexible Jahres- und Lebensarbeitszeiten, gleitenden Altersruhestand, Vier-Tage-Woche, Langzeiturlaub und viele andere flexible Arbeitszeitmodelle. Der Begriff „Mobilzeit“ werde verwendet, weil er präziser und positiver als der Begriff „Teilzeit“ ausdrücke, was eine Flexibilisierung der Arbeitszeit bedeute: Arbeiten in neuer zeitgemäßer Form.

Der CDU-Antrag spricht über „Mobilzeit“



Die überwiegend weiblichen Abgeordneten beraten im Frauenausschuß über Themen, die sie aus eigener Erfahrung kennen (v.l.): Vorsitzende Helga Gießelmann (SPD), Assistentin Astrid Hopstein-Menn, Stenograph Franz-Josef Eitling.
Foto: Schälte

und meint damit die Möglichkeit, nahtlosen Wechsel zwischen Büro und Hausarbeitsplatz aus familienbedingten Gründen im Landesdienst zu ermöglichen. In der anschließenden Diskussion im Ausschuß wurde deutlich, daß zuerst Rahmenbedingungen festgelegt werden müssen, bevor verschiedene Modelle zur „Mobilzeit“ erprobt werden können.

Marianne Hürten (GRÜNE) forderte ein konkretes Rahmenkonzept, um dann erst gezielt in die Diskussion einsteigen zu können. Sie kritisierte, daß weder die Kinderbetreuung noch die Gestaltung des Arbeitsplatzes sowie die damit verbundenen räumlichen Probleme gelöst seien. Darüber hinaus forderte sie vom MAGS eine Auskunft über die Anzahl der bestehenden Heimarbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland an.

Der Ausschuß stellte in der anschließenden Diskussion fest, daß das Thema „Mobilzeit“ verstärkten Diskussionsbedarf wecke und verständigte sich darauf, vom MAGS hierzu einen entsprechenden Bericht entgegenzunehmen.

Anschließend behandelte der Ausschuß einen weiteren Antrag der Fraktion der CDU (Drs.12/315) „Das Potential an Arbeitsplätzen in privaten Haushalten besser nutzen“. Bei dem eingebrachten Antrag der CDU-Fraktion handelt es sich primär um die Einführung des bereits in Frankreich praktizierten Dienstleistungsschecksystems. Die CDU-Fraktion fordert das Dienstleistungsschecksystem für die Privathaushalte in der BRD, mit dem Ziel, die Zahl der versicherungspflichtigen Arbeitsplätze zu erhöhen.

Der Vertreter des MAGS führte hierzu aus, daß die Landesregierung die Übernahme des französischen Dienstleistungsschecksystems für untauglich halte, da die Rahmenbedingungen in Frankreich und Deutschland zu verschieden seien. Würde man das Dienstleistungsschecksystem bei uns einführen, müßte das Sozialversicherungssystem dahingehend geändert werden, daß die Geringfügigkeitsgrenze aufgehoben und darüber hinaus steuerliche Rahmenbedingungen geändert werden müßten.

Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers berichtete von einem Projekt „Dienstleistungspool“ für mehr sozial geschützte Arbeitsverhältnisse. Dadurch erhielten Haushaltshilfen Chancen für weitere Qualifizierung und für mehr Wochenstunden und würden in die Sozialversiche-

rungspflicht einbezogen. Nach einer Erhebung wünschten sich 40 Prozent der Geringfügigbeschäftigten eine höhere Stundenzahl. Außerdem gebe es Vertretung bei Krankheit und Urlaub sowie durch einen Betriebsrat. Die Leistungen würden allerdings teurer. Das Konzept hierfür sei fertig, es solle erprobt werden.

Angelika Gemkow (CDU) trug neun Überlegungen zum Arbeitsplatz Haushalt vor, unter anderem: Die vorhandene Arbeit müsse in Arbeitsplätze umgewandelt werden. Die Arbeit im Haushalt solle aufgewertet und nicht länger als Dienstmädchen abqualifiziert werden. Bei Dienstleistungsberufen gebe es noch Bedarf bei der Kinderbetreuung, bei Gartenarbeit und Altenhilfe. Die Beschäftigung von Hausangestellten solle steuerlich berücksichtigt werden. Bei Dienstleistungsschecks und Abwicklung über Agenturen sei der Verwaltungsaufwand zu entbürokratisieren. Rechtliche und steuerliche Bedingungen seien so zu verbessern, daß beide Seiten größeres Interesse daran hätten.

Neun Punkte

Die Sprecherin der SPD, Brigitte Speth, forderte die generelle Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenze in Höhe von derzeit 580 Mark. In Pools würden die Allgemerkosten auf mehrere verteilt. Die Landesregierung solle im Bundesrat hierzu initiativ werden.

Marianne Hürten, frauenpolitische Sprecherin der Grünen, vermißte vieles im CDU-Antrag und empfahl den eigenen Antrag „Sozialversicherungspflicht für ungeschützte Arbeitsverhältnisse“. Der Arbeitsumfang sei oft so minimal, daß es sich nicht lohne, das über eine Agentur abzuwickeln. Regina van Dinther, frauenpolitische Sprecherin der CDU, erinnerte an festgefahrene Diskussionen in Bonn und die Sorge der Sozialpolitiker, ein Personenkreis könne sich für 250 Mark in das ganze Leistungssystem einkaufen. Auch in Bonn gebe es eine breite Bewegung dafür, etwas zu tun. Der NRW-Landtag solle durchaus mitgestalten.

Der Ausschuß einigt sich abschließend darauf, zuerst gemeinsame Eckpunkte zu diesem Thema im Ausschuß zu erarbeiten, um dann in den Fraktionen und später im Ausschuß erneut in die Beratung einzusteigen.

Abgeordnete auf Probefahrt im neuen Schienenfahrzeug

Dürener Kreisbahn – ein Regionalisierungs-Modell

Der Probefahrt ging ein 13jähriges Ringen zwischen der Deutschen Bundesbahn, die die Strecke stilllegen wollte, und den Politikern der Region voraus. 1988 wurden die Strecken Jülich-Düren und Düren-Heimbach aus dem Stilllegungskonzept herausgenommen. Vier Jahre später kaufte die inzwischen aufgrund eines positiven Gutachtens gegründete Dürener Kreisbahn AG die Strecke zum symbolischen Preis von einer Mark von der Bundesbahn. Die DKB erhielt für nicht erfolgte Investitionen von der Bahn 10,4 Millionen Mark und als Starthilfe für die Betriebsübernahme 6,4 Millionen Mark. Das NRW-Verkehrsministerium stellte 90-Prozent-Zuschüsse für die Anschaffung neuer Fahrzeuge in Aussicht. Solche günstigen finanziellen Bedingungen hätten allerdings die jetzt anstehenden Regionalisierungsvorhaben nicht mehr, betonten die Politiker.

Mit renovierten Schienenbussen nahm die DKB 1993 den Betrieb der „Rurtalbahn“ auf. Im Stundentakt mit Direktanschluß in Düren nach Köln und Aachen und durch attraktive Wochenend-Angebote stiegen die Fahrgastzahlen um bis zu 400 Prozent. „Die Rurtalbahn produziert im Vergleich zur Deutschen Bundesbahn mit der Hälfte des Personals 40 Prozent mehr Zugverkehr“, wirbt heute nach zwei Jahren die Bahngesellschaft des Kreises Düren.

Als die Landtagsabgeordneten auf dem schönsten Teil der Strecke zwischen Kreuzau und Nideggen im sonst nicht zugänglichen Tal der Rur das vom Oberkreisdirektor Josef Hüttemann gedichtete Rurtalbahnhoflied nach der Melodie der schwäb'schen Eisenbahne anstimmten, ahnten sie bereits, was es mit dem neuen Niederflur-Leichtdieseltriebwagen auf sich hatte. Er wird bundesweit und im Ausland vorgeführt, verkehrt demnächst auch im sächsischen Vogtland, und sein um ein Vielfaches gesteigerter Absatz soll die Arbeitsplätze im Krefelder Werk der Düsseldorfer Waggonfabrik AG (Duewag), jetzt Teil der Siemens Verkehrstechnik, sichern. Auf Burg Nideggen wurden weitere Einzelheiten mitgeteilt. Firmensprecher Gerd Bieker aus Essen erhofft sich durch die Bahnregionalisierung einen deutlichen Schub für die Fahrzeugproduktion. Von den 32 200 Konzern-Beschäftigten in NRW arbeiten 3 800 bei der Duewag. Der „Regio Sprinter“ sei nicht nur im „Design und Logo“ gut gelungen, sondern auch nur noch halb so teuer wie Waggonen, für die die kommunalen Verkehrsbetriebe bisher drei bis vier Millionen Mark bezahlen mußten. Im Gesamtkonzept Verkehr wies er auch auf die hohe Bedeutung des neuen Prüfcenters auf dem ehemaligen Militärgelände in Wegberg-Wildenrath hin, das als Teststrecke für Fahrzeuge aller Art 1997 fertig sein soll.

DKB-Geschäftsführer Dipl.-Ing. Reinhold Alfiter zeigte auf der Leinwand weitere Einzelheiten am Fahrzeug und an der Strecke wie die ausklappbare Rampe beim Niederflur-Einstieg für Kinderwagen und Rollstühle und vandalensichere neue Bahnsteige. Im Zuge des Rationalisie-

Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses Manfred Hemmer (SPD), sein Stellvertreter Gerhard Wächter (CDU), Staatssekretär Joachim Westermann (NRW-Ministerium für Wirtschaft und Verkehr) und Mitglieder des Verkehrs- und des Wirtschaftsausschusses des Landtags nahmen auf Einladung der Siemens AG am 5. Dezember an einer Fahrt mit dem „Regio Sprinter“ von Düren nach Nideggen teil. Die Strecke ist Teil der Nord-Süd-Schienenverbindung durch den Landkreis Düren von Jülich nach Heimbach. Landtagsabgeordneter Adolf Retz (SPD), von 1989 bis 1994 auch Landrat des Kreises Düren, präsentierte als (ehrenamtlicher) Aufsichtsratsvorsitzender der Dürener Kreisbahn (DKB) die Bahnstrecke und die neuen Wagen als mögliches Modell für die Regionalisierung im Schienenpersonennahverkehr ab 1997.

rungskonzepts seien die Betriebsvorschriften der Bundesbahn von 674 auf 303 Seiten reduziert worden. Fahrscheinautomaten im Wagen ersetzen 24 Schaffner. Allerdings müßten zwei Mitarbeiter als Kontrolleure eingesetzt werden. Vorteilhaft auch für die Kunden: Durch Automatisierung der gesamten Strecke werde trotz sechs zusätzlicher Haltepunkte die Fahrzeit erheblich reduziert: auf 19 Minuten von Düren nach Jülich und auf 46 Minuten von Düren nach Heimbach.

Übrigens wirbt die DKB um Fahrgäste auch mit günstigen Preisen: „Freizeitvergnügen im gesamten Kreisgebiet für 9,30 Mark streßfrei, parkplatzsorgenfrei und ökologisch sinnvoll“, auch mit Fahrradbeförderung auf 70 Bahnkilometern für drei Mark.

Ein zukunftsweisendes Modell soll auch die integrierte Bus- und Schienenfahrzeug-Werkstatt werden. Nicht nur der für Schienenfahrzeuge neuartige, busähnliche Dieselantrieb, sondern auch Serienteile aus der Busfertigung seien, erläuterte der Ingenieur, in die Entwicklung des

„Regio Sprinter“ eingegangen. Das Fahrzeug sei mit einem neuartigen Bremssystem mit drei separaten Bremskreisläufen ausgestattet und könne so im Bedarfsfall in kürzester Zeit zum Stillstand gebracht werden.

Landtagskollege Adolf Retz erläuterte das Gesamtkonzept der DKB, „die Rurtalbahn als Modell für die Regionalisierung des ÖPNV in NRW“. Mit Sammeltaxi und Rufbussen zu ÖPNV-Tarifen werden auch die nicht an der Bahnstrecke gelegenen Ortschaften an den Schienenverkehr angeschlossen. Eine zentrale Leitstelle befindet sich im Aufbau. Zur Zeit wird die Nachfrage noch über Telefon abgewickelt.

In der Aussprache interessierten sich die Verkehrspolitikern unter anderem für die Betriebserlaubnis auf Bundesbahnstrecken, für den Treibstoffverbrauch, für die Klimatisierung, für Endstationen in Innenstädten und für die Ausbildung und die Kosten des Personals. Auf diese Fragen erhielten sie optimistische Antworten. Die Kette der Genehmigungsbehörden allerdings, so sagte Adolf Retz, sei erheblich zu lang.



Werbung für den neuen Dieselleichttriebwagen für den Regionalverkehr: „Die große Fahrzeugbreite ermöglicht eine vis-à-vis- und eine Reihenbestuhlung in 2+2 bzw. 2+3 Anordnung. Die Einstiegstüren führen in jeweils einen Mehrzweckraum mit Klappsitzen, Einstellmöglichkeiten für Fahrräder und Rollstühle sowie Haltestangen und -schlaufen. In einem der Einstiegsräume befindet sich ein Fahrkartenautomat. Der Innenraum ist mit einem durchgehenden Mittenleuchtenband ausgestattet. Je eine Fahrzielanzeige befindet sich im Bereich der Frontfenster sowie zusätzlich hinter einem Seitenfenster im Mittelteil.“

Ausschuß debattiert über die wissenschaftspolitischen Schwerpunkte

„Innovationsprogramm Forschung“ soll den Strukturwandel im Land absichern

Das wissenschaftspolitische Arbeitsprogramm der Landesregierung für die zwölfte Wahlperiode bildete einen wesentlichen Schwerpunkt der Diskussion im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung, der von der Vorsitzenden Ingrid Fitzek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) geleitet wurde.

Die Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Anke Brunn (SPD), hatte dem Ausschuß bereits in einer vorigen Sitzung ihre politischen Zielsetzungen dargelegt. Demnach soll die Wissenschaftspolitik in Nord-

zierte und erfahrene Personengruppen erweitert werden. Autonomie und Selbststeuerung bezeichnen das Programm der Hochschulreform in dieser Legislaturperiode. Die nordrhein-westfälischen Hochschulen sollen mehr als bisher über ihre Angelegenheiten selbst entscheiden. Unter Verzicht auf Detailregelungen will sich der Staat auf wesentliche und verlässliche Rahmenvorgaben beschränken. Wissenschaft und Forschung leisteten einen entscheidenden Beitrag zur Unterstützung des Strukturwandels und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Ein „Innovationspro-

gramm Forschung“ soll diese Entwicklung fördern. Der Sprecher der CDU-Fraktion, Manfred Kuhmichel, erklärte, daß seine Fraktion das Arbeitsprogramm an der tatsächlichen Entwicklung im Laufe dieser Legislaturperiode messen werde. Manches sei positiv zu begleiten und manches zu kritisieren. Im Hinblick auf die im Einführungsbericht der Ministerin enthaltene Kritik an der Hochschulfinanzierung der Bundesregierung sprach sich Kuhmichel für eine Beendigung des „Schwarze-Peter-Spiels“ zwischen Bonn und Düsseldorf aus. Gebe es berechnete Mißstände, dann sei die Kritik daran an jede verantwortliche Adresse zu richten, nicht nur an Bonn. Eigene Mängel sollten nicht verdeckt werden. Was die dargestellten Leitlinien anbetreffe, stelle sich für die CDU-Fraktion zuerst einmal die Frage, warum bei der Offenhaltung der Hochschulen nur auf das Kriterium der Studierwilligkeit, nicht aber auch auf das der Studierfähigkeit abgestellt worden sei. Erläuterungsbedarf bestehe des weiteren zu den Autonomiebestrebungen hinsichtlich der Begriffe Selbststeuerung und Beteiligung sowie zu den Ansprüchen, die sich aus dem Innovationsprogramm Forschung herleiten.

Dietrich Kessel (SPD) entgegnete als Sprecher seiner Fraktion, daß die Bundespolitik erst dann außer Frage stünde, wenn sie sich angemessen an der Hochschulfinanzierung beteilige. Was das Arbeitsprogramm der Landesregierung anbetreffe, sei zu begrüßen, daß es die Kontinuität der Hochschulpolitik fortsetze. Erfreulich seien auch die dargelegten Prioritätensetzungen, wobei vor allem der höhere Stellenwert der Forschungspolitik hervorzuheben sei. Gespannt blicke man auf die Schwerpunktsetzungen des Innovationsprogramms Forschung. Besonders interessant sei hier der Bereich Technologietransfer, der in den nächsten Jahren im besonderen Blickfeld des Ausschusses stehen dürfte.

Für ihre Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hob die Vorsitzende Ingrid Fitzek als besonders positiv hervor, daß bei der hochschul- und wissenschaftspolitischen Diskussion und den für diese Legislaturperiode geplanten Vorhaben auf die Einbindung und Beteiligung der Betroffenen gesetzt sei. Das Innovationsprogramm Forschung habe ein zukunftsorientiertes Profil, mit dem versucht werde, wichtige Akzente zu setzen, zum Beispiel im Umwelt- und Verkehrsbereich, im Energiesektor sowie bei der Beurteilung und mögliche Nutzung neuer Technologien.

Nach Abschluß dieser Diskussionsrunde behandelte der Ausschuß die auf Initiative der CDU-Fraktion in die Tagesordnung aufgenommenen Punkte. Dabei handelte es sich um den Stand der Beratungen der Landesregierung sowie der Kultusministerkonferenz zur Reform und Finanzierung der Hochschulmedizin, Spitzenforschung Sonderforschungsbereiche der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen sowie die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung.

Öffentliche Sitzung

Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung erörtert der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertreibungen und Flüchtlinge (Vorsitzender Bodo Champignon, SPD) am 14. Dezember den Entwurf der Landesregierung zu einem Landespflegegesetz (Drs. 12/194). Kommunale Spitzenverbände, Landschaftsverbände sowie zahlreiche Vereine, Initiativen, Sachverständige und Betroffene erhalten im Plenarsaal Gelegenheit, ihre Vorstellungen und Anregungen zu dem Gesetz darzulegen.



Im „Hau-Ruck-Verfahren“, wie es mehrere Abgeordnete formulierten, hat der Landtag die Voraussetzungen für die landesweite Umsetzung der Bonner Beschlüsse zum Recht auf einen Kindergartenplatz geschaffen. In einer alle drei Fraktionen umfassenden Gemeinschaftsaktion unter Federführung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie (Vorsitzender Erich Heckelmann, SPD) und unter Mitbeteiligung des Ausschusses für Frauenpolitik (Vorsitzende Helga Gießelmann, SPD) und des Ausschusses für Kommunalpolitik (Vorsitzender Friedrich Hofmann, SPD) ist der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf (Drs. 12/380) durch einen von allen Fraktionen eingebrachten Änderungsantrag so ergänzt worden, daß dem Rechtsanspruch auf der Basis einer Stichtagsregelung Genüge getan und den Kommunen rechtzeitig vor Beginn des kommenden Jahres Sicherheit für ihre Planungen und Maßnahmen gegeben wird. Der Landtag hat den Gesetzentwurf in der geänderten Fassung dann am 8. Dezember in zweiter Lesung beraten und verabschiedet. Darüber folgt der Bericht in der nächsten Ausgabe von „Landtag intern“. — Unser Bild entstand in der gemeinsamen Sitzung der drei Ausschüsse am 6. Dezember. Foto: Schälte

rhein-Westfalen in dieser Legislaturperiode fünf zentralen Leitlinien folgen: Ressourcen- und Umweltschonung, Ökologische und ökonomische Erneuerung, Fortsetzung der Öffnungspolitik, Förderung der Hochschulautonomie und Reform der Entscheidungsstrukturen an den Hochschulen sowie Ausbau der Forschung. So will die Landesregierung politische Gestaltungsspielräume zur Förderung von Wissenschaft und Forschung nutzen. Dazu sollen im Landeshaushalt zusätzliche Mittel für den Hochschulbereich mobilisiert werden. Die Hochschulen sollen für studierwillige junge Menschen offengehalten und auch der Zugang für beruflich qualifi-

gramm Forschung“ soll diese Entwicklung fördern.

Der Sprecher der CDU-Fraktion, Manfred Kuhmichel, erklärte, daß seine Fraktion das Arbeitsprogramm an der tatsächlichen Entwicklung im Laufe dieser Legislaturperiode messen werde. Manches sei positiv zu begleiten und manches zu kritisieren. Im Hinblick auf die im Einführungsbericht der Ministerin enthaltene Kritik an der Hochschulfinanzierung der Bundesregierung sprach sich Kuhmichel für eine Beendigung des „Schwarze-Peter-Spiels“ zwischen Bonn und Düsseldorf aus. Gebe es berechnete Mißstände, dann sei die Kritik daran an jede verantwortliche Adresse zu

Ministerin Brusis im Sportausschuß:

„Wo kein Geld mehr ist, fängt Denken wieder an“

Zufrieden mit dem Haushaltsentwurf für das nächste Jahr zeigten sich die SPD- und die CDU-Mitglieder des Sportausschusses (die Grünen-Vertreter waren nicht anwesend) bei der von Uwe Herder (SPD) geleiteten Sitzung am 4. Dezember in Bonn. Nach der Einführung von Ministerin Brusis in den Sportteil ihres Einzelplans und der Aussprache über ihren Bericht zur Sportpolitik in der 12. Wahlperiode trafen sich die Landtagsabgeordneten im Dachgarten des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten mit den Kolleginnen und Kollegen vom Sportausschuß des Deutschen Bundestages. Am Abend schloß sich ein Empfang des Deutschen Sportbundes und des Landessportbundes NRW in der Bonner NRW-Vertretung an. Bei der Begrüßung der zahlreichen Gäste wies Ministerin Brusis auf die Vorreiterrolle des „Sportlandes NRW“ hin, das als erstes ein Jahr des Ehrenamts veranstaltet und als erstes Land Sport als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen habe.

Das Kapitel Förderung des Sports umfaßt im Haushaltsentwurf 1996 des Einzelplans 15 Ausgaben in Höhe von 44,65 Millionen Mark. Drei Viertel davon sind als Zuschüsse veranschlagt, hiervon wiederum der größte Teil „zur Förderung der Übungsarbeit in Sportvereinen“. Daß dieser Titel „überrollt“ worden ist, also ungekürzt blieb, nahmen die Sportpolitiker dankbar und erleichtert zur Kenntnis. Dr. Hans Kraft (SPD) dankte ausdrücklich für die Mittel der Übungsleiterpauschale in Höhe von jetzt 23 Millionen Mark, die in hohem Maße sinnvoll ausgegeben würden. Er hob hervor, daß der Landessportplan (der sich aus Haushaltsansätzen in den Ressorts Innen, Kultus, Wissenschaft, Soziales, Umwelt, Stadtentwicklung und Allgemeine Finanzverwaltung zusammensetzt und ein Gesamtvolumen von fast 182 Millionen Mark hat) sogar geringfügig angestiegen sei.

Der stellvertretende Ausschußvorsitzende Klaus Stallmann (CDU) bedauerte die Reduzierung des Ansatzes für Sportstätten in Schulen um eine Million Mark und der Zuschüsse für die Durchführung nationaler und internationaler Meisterschaften um 30000 Mark.

Leonhard Kuckart (CDU) äußerte sich kritisch zu den geplanten Foren „Zukunft der Stadt“, lobte aber „die hervorragende Arbeit der Sportabteilung“ des Ministeriums, insbesondere die Veröffentlichungen, ferner die Einrichtungen der Sportwissenschaft in NRW. Er mahnte, ehrenamtliches Engagement dürfe nicht dazu führen, daß Gruppen in unserer Gesellschaft ausgenutzt würden. Es gehe nicht an, daß, wie in einer Untersuchung nachgewiesen, ehrenamtlich Tätige auch noch Geld mit einbringen müßten. Der Vorschlag, auch von Bundespolitikern vorgebrachten, ehrenamtliche Tätigkeiten auf Rentenanwartschaften anzurechnen, solle immer wieder diskutiert werden. Auch sollten die Sportpolitiker schon jetzt darauf hinarbeiten, daß das Sonderprogramm für Kindergartenplätze nach 1999 für Sportstätten weiterlaufe.



„Mach mit – bleib fit – Rückentraining ist der Hit“ lautet das Motto für den nächsten Gymnastikkurs im Landtag, der am 16. Januar beginnt. In diesem zehnstündigen Gymnastikkurs, dem achten insgesamt, wollen sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung wieder fit machen. Der Kursus findet außerhalb der Arbeitszeit statt. Eine ausgebildete Bewegungserzieherin leitet ihn. Das Foto zeigt Teilnehmerinnen und Teilnehmer der letzten Übungsstunden beim Bewegungstraining.

Heidi Berger (SPD) erwiderte auf den Rentenanrechnungs-Vorschlag, das sei Sache des Bundes, und erklärte am Beispiel eines Essener Stadtviertels, daß Verbesserungen nicht nur mit Geld zu tun haben müßten. Daran müßten sich alle ohnehin gewöhnen.

Ausschußvorsitzender Uwe Herder (SPD) begrüßte das neue, für den Sport zuständige Ressort Stadtentwicklung, da Städte-

Geld mehr ist, fängt das Denken wieder an“, sagte sie und erwähnte Brachflächen, die nicht mehr wie bisher vorwiegend für Gewerbeansiedlungen, sondern mit geringem Aufwand für Bewegung genutzt werden könnten.

Hans Krings (SPD) wandte sich gegen Vorstellungen, aus dem Ehrenamt einen aufgewerteten Vorruchstand oder einen zweiten Arbeitsmarkt zu machen. Er könne sich aber ein Entgegenkommen bei der Arbeitszeit vorstellen. Heinrich Borcharding (SPD) wies darauf hin, daß in Zeiten wachsender Freizeit die Organisation von Sport auch auf Hauptamtliche angewiesen sei. Reserven für den Ansporn zu sportlicher Betätigung sehe er noch bei Erzieherinnen und in Betrieben.

Beim Thema ehrenamtliches Engagement wurden noch weitere Aspekte angesprochen: die Gleichstellung aller Bereiche, auch der Wohlfahrtsorganisationen (Bodo Champignon, SPD), die Konkurrenz zu Arbeitsplatzbeschaffung durch bezahlte Ehrenämter (Heidi Berger, SPD), steigende Selbstkosten für Ehrenamtliche beim Einsatz moderner Technik (Heinz-Helmich van Schewick, CDU), Konflikte mit Umweltschützern (Ministerin Brusis), doppelte Benachteiligung von Frauen bei der Rente (Leonhard Kuckart, CDU), die Tendenz, das Ehrenamt zum Privileg reicher Leute werden zu lassen (Dr. Hans Kraft, SPD). Die geplanten Stadtforen könnten, darin stimmten die Ausschußmitglieder überein, dazu dienen, die Gefahr einer bewegungsunfähigen Gesellschaft bewußt zu machen, Konflikte zwischen Sport und Umwelt zu lösen und neuen Ideen zur sportfreundlichen Stadtentwicklung zum Durchbruch zu verhelfen. Zum Tagesordnungspunkt „Sport im europäischen Einigungsprozeß“ schloß sich der Ausschuß der Anregung von Uwe Herder an, Sport solle in die Verhandlungen zur Regierungskonferenz 1996 („Maastricht II“) eingebracht werden, ohne Rechtspositionen der Kulturhoheit der Länder aufzugeben.



„Sportfraktion“ im Landtag: Ausschußvorsitzender Uwe Herder (SPD, l.), Stellvertreter Klaus Stallmann (CDU).
Fotos: Schälte

planer bisher nichts für den Sport übrig gehabt hätten. Die Verbindung von Stadtentwicklung, Kultur und Sport habe Ministerpräsident Rau hergestellt. Dabei gehe es um Umbauen und Umgestalten. Stadtentwicklungministerin Ilse Brusis (SPD) nutzte die Gelegenheit, um auf die erfolgreiche fünfjährige Arbeit des im Parteienstreit oft gescholtenen Ministeriums hinzuweisen und warnte vor einem falschen Zungenschlag bei der Debatte über das Ehrenamt. Die Zukunftsforen seien geeignet, im Jubiläumsjahr des Landes NRW noch mehr Verbündete für die Sache des Sports zu gewinnen. „Wo kein

Banden aus Südosteuropa sind im Lande noch kein Problem

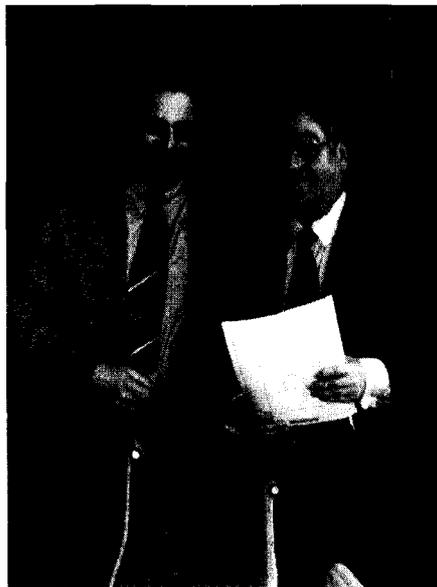
An den nächsten Kommunalwahlen dürfen sich in Nordrhein-Westfalen lebende Unionsbürger/-innen beteiligen. Dies schlägt der Ausschuß für Innere Verwaltung dem Plenum vor. Er hatte den entsprechenden Gesetzentwurf unter Leitung seines soeben neu gewählten Ausschußvorsitzenden Klaus Stallmann (CDU) beraten und dabei gefordert, bei einer Neufassung des Gesetzes auch die geschlechterdifferenzierende Formulierung „Unionsbürger/-innen“ zu wählen.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen sprachen sich dafür aus, auf Bundesebene für eine Ausdehnung des Wahlrechts auch auf andere Migranten und Migrantinnen einzutreten. Edgar Moron (SPD) hielt eine Regelung für einen schon lange hier lebenden Türken oder Jugoslawen für verletzend, die einem EU-Bürger das aktive und passive kommunale Wahlrecht einräumt, ihn selbst hingegen von der demokratischen Beteiligung an seinem Wohnort ausschließt. Hier müsse die Bundesregierung reagieren und die CDU ihre starre Haltung aufgeben.

Heinz Paus (CDU) hielt dem entgegen, seine Partei und Fraktion orientiere sich am Grundgesetz und halte eine Ausdehnung des Wahlrechts auf Bürger/innen aus Drittstaaten — auch bezogen auf das Gegenseitigkeitsprinzip — für unzulässig, zumal jeder die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen könne. Er legte einen Änderungsantrag seiner Fraktion vor, mit dem ausgeschlossen werden sollte, daß ein in seinem Herkunftsmitgliedstaat durch Richterspruch von Wahl und Wählbarkeit ausgeschlossener EU-Bürger gleichbehandelt wird mit einem Deutschen, dem ebenfalls die Wahlrechte aberkannt wurden. Die Koalitionsfraktionen lehnten eine solche Regelung wegen ihrer Unpraktikabilität ab. Der innenpolitische Sprecher der Grünen, Roland Appel, sah die Demokratie als stark genug an, in ihren Parteistrukturen und Gliederungen selbst darauf zu achten, das beispielsweise kein Mafia-Boß Landrat in NRW wird. Abgelehnt wurde auch ein Gesetzentwurf der CDU-Fraktion, der Regelungen zur Einführung eines „Unterbindungsgewahrsams“ in Nordrhein-Westfalen vorsah. Im Gegensatz zur Koalition und zur Landesregierung vertritt sie die Meinung, daß das strafprozessuale Instrument der 48stündigen Inge-wahrsamnahme in ungewöhnlichen Situa-

tionen — erinnert wurde an die Chaos-Tage — nicht ausreicht, gewaltbereite Randalierer an der Fortsetzung ihrer Aktionen zu hindern. Sie bezog sich dabei auf andere Bundesländer, die den Unterbindungsgewahrsam schon länger praktizieren und damit erfolgreich arbeiten und gute Erfahrungen gemacht haben. Aber auch die Bereitschaft, die im Gesetzentwurf vorgeschlagene zweiwöchige Gewahrsamsdauer noch um einige Tage zu kürzen, konnte die Koalitionsfraktionen nicht dazu bewegen, ihre ablehnende Haltung aufzugeben.

Der Ausschuß befaßte sich mit weiteren polizeirelevanten Themen, so auch den die Bevölkerung beunruhigenden Presseberichten über umherreisende kriminelle Banden aus Rumänien. Zu diesem Thema konstatierten die Fachreferenten des Innenministeriums, solche Banden gingen — zwar noch nicht in NRW — vor allem im süddeutschen Raum mit bisher ungewöhnlichen Praktiken und großer Brutalität vor. Hierzu-



Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat einen neuen Vorsitzenden: Klaus Stallmann (CDU), auf dem Bild rechts neben Innenminister Franz-Josef Kniola, SPD) wurde zu Beginn der letzten Ausschußsitzung als Nachfolger von Jörg Twenhöfen an die Spitze des Gremiums gewählt. Twenhöfen ist inzwischen zum Regierungspräsidenten in Münster ernannt worden. Foto: Schälte

lande habe die Polizei seit 1994 mehr als 230 Straftäter mit rumänischer Staatsbürgerschaft wegen Einbruchdiebstahls, Raubes und ähnlicher Delikte festgenommen, von denen die Hälfte bereits rechtskräftig verurteilt sei. Um den neuen Formen der Kriminalität wirksam begegnen zu können, hätten sowohl das Landes- wie auch das Bundeskriminalamt Sonderstäbe gebildet. Beim LKA wären schwerpunktmäßig zwölf Beamte seit Anfang 1995 im Einsatz.

Als „Schreckens-Szenario“ bezeichnete das Innenministerium die Gerüchte um eine Umorganisation der SEK in Nordrhein-Westfalen. Ausschußvorsitzender Stallmann bemerkte dazu, ihm sei zu Ohren gekommen, die Kompetenzen der SEK sollten beschnitten und ihre Kommandoführer abgeschafft werden. Bei den Beamten beklage man sich über in diesem Sinne geplante Modellversuche. Der Sprecher des Ministeriums beruhigte, nichts dergleichen sei entschieden worden. Man könne zwar fragen, ob Kommandoführerstellen wirklich noch notwendig wären, dazu bestehe zum jetzigen Zeitpunkt jedoch kein Anlaß.

Die von der Koalition vereinbarte „Härtefallkommission“ für abgelehnte Asylbewerber und abzuschiebende Ausländer wird nach den Worten von Staatssekretär Wolfgang Riotte (Innenministerium) ihre Arbeit zu Beginn des nächsten Jahres aufnehmen können. Die notwendigen Stellen für hauptamtliche Mitarbeiter, die durch den Nachtragshaushalt 1995 geschaffen wurden, werden derzeit besetzt. Der Staatssekretär beantwortete Fragen der CDU-Abgeordneten Karin Hussing und Heinz Paus nach der Abgrenzung der Härtefallkommission gegenüber dem Petitionsausschuß, der möglichen, aber nicht gewollten Beteiligung in Petitionsverfahren, den Zugangsrechten und Möglichkeiten betroffener Bürger/innen und der Wirkung der von der Kommission gefaßten Beschlüsse. Die Härtefallkommission sei eine Einrichtung der Exekutive, von daher mit dem Petitionsausschuß des Landtags nicht vergleichbar und Beschlüsse der Kommission hätten nur empfehlenden Charakter. Jedem Betroffenen stehe die Anrufung der Kommission frei, allerdings sei eine wiederholte Inanspruchnahme ausgeschlossen. Über die weiteren Verfahrensregeln müsse und solle sich die Härtefallkommission noch selbst einigen.

Aufnahme von Verkehrsunfällen Aufgabe der Polizei

Die Verkehrsunfallaufnahme durch die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen sei weitestgehend vereinfacht. Die Fotogrammetrie werde als eine weitere zeitsparende Möglichkeit bewertet. In Abstimmung mit dem Justizministerium werde derzeit angestrebt, statt der geforderten maßstabsgerechten Skizze, die zeitaufwendig von der Polizei gefertigt werden müsse, die computergestützte Monobildauswertung zur Fertigung von maßstabsgerechten Skizzen zu nutzen (Fotogrammetrie). Das teilt Innenminister Franz-Josef Kniola

(SPD) auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Heinz Paus mit. Der innenpolitische Sprecher der Union hatte unter der Überschrift „Aufgabenentlastung der Polizei bei Verkehrsunfallaufnahme“ darauf hingewiesen, es sei immer wieder zu hören, daß die Unfallaufnahme nichts mit dem Auftrag der Polizei zu tun habe. Von anderer Seite werde die Auffassung vertreten, daß die Verkehrsunfallaufnahme, vor allem auch deshalb, weil es meist parallel um die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten bzw. Verkehrsstrafaten gehe, Sache der Polizei bleiben müsse. Kniola nannte die Ansicht, die Unfallaufnahme sei Aufgabe der Haftpflichtversicherer, falsch. Straßenverkehrsunfälle seien Ereignisse, von denen Gefahren für die öffentliche Si-

cherheit ausgingen. Die Polizei sei auch verpflichtet, Maßnahmen zur Sicherung ziviler Rechtsansprüche zu treffen, wenn dies gesetzlich vorgeschrieben sei. Dazu gehöre die Feststellung der Personalien der Unfallbeteiligten und deren Austausch. Unmißverständlich heißt es in der Kniola-Antwort auf die Kleine Anfrage: „Da die Polizei verpflichtet ist, Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit zu treffen und Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zu verfolgen, ist es ihre Aufgabe, Straßenverkehrsunfälle aufzunehmen.“ Die Beweissicherung für einen Zivilprozeß sei dagegen Sache der Unfallbeteiligten, wozu sie sich privater Beweissicherungsdienste bedienen könnten. (Drs. 12/377)

Beratung bei EU: Schutzniveau für Babynahrung im Inland gesichert

Nach Auskunft des für die Beratungen bei der Europäischen Kommission zuständigen Bundesministeriums für Gesundheit seien spezielle Schadstoffgrenzwerte für Babynahrung bisher noch nicht harmonisiert. Einzelstaatliche Vorschriften der Mitgliedstaaten wichen zum Teil von den Vorschriften der deutschen Diätverordnung, die einen Rückstandshöchstwert von 0,01 mg/kg für Pflanzenschutz-, Schädlingsbekämpfungs- und Vorratsschutzmittel festlege, ab. Die Bundesregierung habe sich schon mehrfach für eine entsprechende Gemeinschaftsregelung eingesetzt. Das erklärt Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Ilka Keller zum Thema „Gefahren für Säuglinge in Nordrhein-Westfalen durch EU-Verordnung?“ Frau Keller hatte darauf hingewiesen, daß es seit 20 Jahren in Deutschland für Babynahrung einen speziellen Anforderungskatalog in der „Diätverordnung“ gebe. Darin würden die vertretbaren Schadstoffbelastungsgrenzen für Kleinkinder ausreichend niedrig festgelegt. Die geltenden Lebensmittelgesetze für Säuglingsnahrung sollten aber künftig in der EU wegfallen. Entsprechende Anträge von Herstellerfirmen seien offenbar bereits eingegangen. Die Ministerin weist darauf hin, solange die Höchstmengen in Paragraph 14 Diätverordnung Bestand hätten, könne das bisherige Verbraucherschutzniveau zumindest für im Inland erzeugte Säuglings- und Kleinkindernahrung erhalten bleiben. Dies gelte jedoch nicht für höher belastete Produkte aus anderen Mitgliedstaaten, die sich dort rechtmäßig im Verkehr befänden (Drs. 12/373).

Regierungschef Johannes Rau wird 65 Jahre

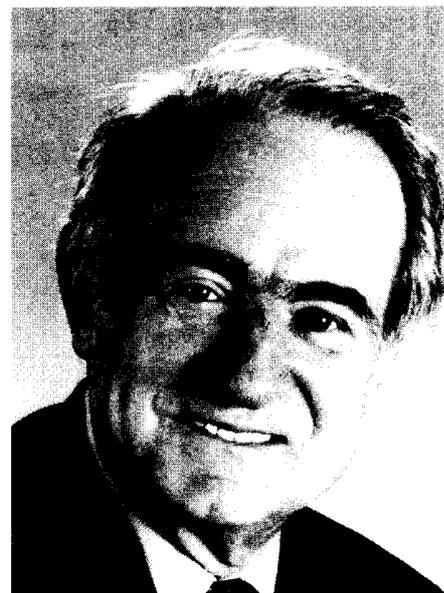
Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) begeht am 16. Januar 1996 seinen 65. Geburtstag.

Johannes Rau lebt mit seiner Frau Christine und drei Kindern in Wuppertal. Dort, im Ortsteil Barmen, wurde er am 16. Januar 1931 auch geboren. Nach Schulbesuch und Lehre als Verlagsbuchhändler leitete er von 1954 bis 1967 einen theologischen Verlag der evangelischen Jugend. Parteipolitisch war er bereits seit 1952 tätig, zunächst in der „Gesamtdeutschen Volkspartei“ Gustav Heinemanns, ab 1957 als Mitglied der SPD. Dem Landtag gehört er seit 1958 an und ist damit der dienstälteste Abgeordnete. Seit 1973 Mitglied des Landesvorstandes der SPD, ist er seit 1977 dessen Vorsitzender. 1978 wurde Johannes Rau in das Präsidium der SPD gewählt. Seit 1982 ist er stellvertretender Vorsitzender seiner Partei.

Auch kommunalpolitisch war der SPD-Spitzenpolitiker tätig. Von 1964 bis 1978 gehörte er dem Rat seiner Heimatstadt Wuppertal an. Von 1964 bis 1967 hatte er den Fraktionsvorsitz inne. Von 1969 bis 1970 war er Oberbürgermeister der bergischen Metropole.

Seine eigentliche Karriere im Landtag begann 1967 mit der Übernahme des Vorsitzes der SPD-Landtagsfraktion, den er 1970 abgab. Im gleichen Jahr wurde er Minister für Wissenschaft und Forschung. Seit 1978 ist Rau Ministerpräsident des bevölkerungsreichsten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen.

Zahlreich sind die Ämter, die er neben seinen eigentlichen politischen Aufgaben betreut. So ist er Vorsitzender des Kuratoriums der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften, der Stiftung



Johannes Rau (SPD)

Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, der Stiftung Kunst und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen, des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen, der Heinz-Kühn-Stiftung und des Stiftungsrates der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege.

Johannes Rau ist ferner Berufenes Mitglied der Synode und stellvertretendes Mitglied der Leitung der evangelischen Kirche im Rheinland.

Der Journalist Christoph Lütger hat in einem Porträt in „Landtag intern“ aus dem Jahre 1983 den Regierungschef mit folgenden Worten geschildert: „Unbestreitbar gehört Rau nicht zu jenen politischen Kraftakteuren, die furchtlos einschlagen, an denen sich andere reiben. Vielmehr will und kann er warten, bis Kompromisse und Konsens gefunden sind, in denen sich selbst bei heikelsten Sachproblemen eine breite Zustimmung in Partei, Fraktion und Kabinett wiederfindet.“



Den Umweltminister aus der chinesischen Provinz Shanxi, Song Winyu, und seine Delegation hat Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (links im Bild links) im Parlament begrüßt. An einem weiteren Informationsgespräch mit dem chinesischen Politiker nahmen auch der Vorsitzende des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung, Klaus Strehl (SPD), sowie der Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, Heinrich Kruse (CDU), teil. — Eine Delegation des China Council for the Promotion of International Trade (CCPIT) und der Machinery Sub-Council (MSC) hat sich bei ihrer Reise durch Europa auch im Landtag in einem Gespräch mit dem SPD-Abgeordneten Bodo Hombach (im rechten Bild Mitte) über Umweltschutz-Technologie informiert. Fotos: Schälte



Nachdem die Frist für die Einsendung der Antwort auf die Preisfrage abgelaufen ist, werden die Zuschriften verlost: Unter Aufsicht des Justitiars der Landtagsverwaltung Ministerialrat Klaus Aalbers (r.) zieht der Leiter des Besucherdienstes Ralph Kleine-Tebbe Postkarten mit der richtigen Antwort. Gabriele Engels bereitet den Versand der Armbanduhren „25 Jahre Landtag intern“ vor. Foto: Schälte

Jubiläum 25 Jahre „Landtag intern“:

Für jede dritte Zuschrift eine Armbanduhr

Am 30. November endete die Frist für die Teilnahme an der Jubiläums-Werbeaktion anlässlich des 25. Jahrgangs von „Landtag intern“. Rund 900 Zuschriften aus allen Landesteilen, davon auch einige von außerhalb der Landesgrenzen, gingen bis zum Stichtag ein. Etwa 95 Prozent der Zuschriften enthielten die richtige Antwort auf die Frage: „Welche Fraktion/en bildete/n nach der Landtagswahl 1970 die Regierungsmehrheit im Landesparlament?“ Sie lautet: SPD und F.D.P.

Mit Interesse hat die Redaktion beim Eingang der Kartenflut vermerkt, daß nicht wenige Einsender noch mehr Wissen über Landespolitik mitteilten, als gefragt war. Häufig wurde die Anzahl der Sitze der beiden Fraktionen im Landtag aufgeschrieben (94 und 11) und wurden die Namen der Koalitionsspitzenpolitiker „Kühn/Weyer“ genannt. Einige Einsender listeten gar sämtli-

che Regierungsmehrheiten in NRW seit 1947 auf.

Bei den nicht ganz richtigen Antworten waren fast alle Regierungsmöglichkeiten vertreten: CDU/SPD, CDU/F.D.P., SPD-Alleinregierung, CDU-Alleinregierung. Auch die Grünen kamen als Koalitionspartner vor, obwohl es sie 1970 noch gar nicht gab. In einer Zuschrift wurde versichert: „Wir sind eifrige und treue Leser von ‚Landtag intern‘ seit fast 25 Jahren.“

Bei den Einsendungen von außerhalb Nordrhein-Westfalens waren Postkarten aus Bayern am häufigsten, gefolgt von Rheinland-Pfalz, Hessen und Berlin.

Kuriositäten am Rande: Manche sandten ihre Antwort mehrfach ein, um die Gewinnchancen zu erhöhen, und ein Leser opferte für acht Postkarten sogar acht Mark Porto.

Minister Vesper und Clement antworten auf Dringliche Anfrage zu Sitz in WestLB

In einer Dringlichen Anfrage wollte Abgeordneter Heinz Paus (CDU) wissen, ob es eine Koalitionsvereinbarung gebe, wonach einer der dem Land zustehenden Sitze im Verwaltungsrat der WestLB für einen Grünen-Politiker reserviert werden solle. Bauminister Dr. Vesper (GRÜNE) antwortete in der Fragestunde am 7. Dezember.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE), Minister für Bauen und Wohnen, hielt eine Beantwortung durch die Regierung gar nicht möglich, da es sich um die Koalitionsparteien handele. Der zitierte Grünen-Sprecher Priggen habe nie von einer schriftlichen Vereinbarung gesprochen.

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) verneinte die Zusatzfragen der CDU-Abgeordneten Ruth Hieronymi und Dr. Helmut Linssen, ob er mit dem Grünen-Sprecher abgesprochen habe, daß ein Grüner in den Verwaltungsrat ziehe, und verdeutlichte auf Nachfrage des Präsidenten, er beabsichtige nicht, die Frage von Frau Hieronymi zu beantworten. Damit löse sich die Identität in eine Zuständigkeit auf, die er in den Koali-

Viele sahen in der Vorderseite der Postkarte eine Werbefläche: für eine Partei, für prominente Politiker (Johannes Rau, Rudolf Scharping), für politische Einstellungen („Gottes Stadt kennt keine Fremden“).

Besondere Freude lösten in der Redaktion Einsendungen aus, die mit Glückwünschen zum Jubiläum und mit einem Dank für die jahrelange kostenlose Zusendung der Zeitschrift verbunden waren.



Bis kurz vor der Verlosung konnten noch Exemplare der Jubiläumsuhr auch käuflich erworben werden. Leider haben einige Interessenten auf ihren Überweisungen die Anschrift vergessen. Bitte bei der Redaktion melden (Tel.Nr. im Impressum Seite 23).

Von Mönchengladbach nach London-City

Die belgische Regionalluftverkehrsgesellschaft VLM (Vlaamse Luchttransportmaatschappij N.V.) ist das erste Luftverkehrsunternehmen, das ab April nächsten Jahres Liniendienste ab Mönchengladbach anbieten wird. Die in Antwerpen ansässige VLM wird werktäglich viermal Mönchengladbach mit dem London City Airport verbinden.



Brigitte Speth (SPD), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, ist als Nachfolgerin des ehemaligen Abgeordneten und neuen Düsseldorf-Regierungspräsidenten Jürgen Büssow zur Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Düsseldorf gewählt worden.

tionsverhandlungen wahrgenommen habe, und in eine, die er in der Regierung wahrgenommen habe. Das sei kein Eiertanz, sondern Gepflogenheiten, zwischen Regierungs- und Parteitätigkeit zu unterscheiden. Zur Nachfrage des Abgeordneten Lothar Hegemann (CDU) sagte er, Priggen habe nie von einer schriftlichen Vereinbarung gesprochen. Die gebe es nicht. Aber es gehöre zum Wesen jeder Koalition, sich in der Sache und über wichtige Personalfragen zu verständigen. Auf die Frage von Dr. Helmut Linssen, ob die CDU Priggen weiter zitieren könne: „Ich habe mit Wolfgang Clement abgesprochen, daß ein Grüner in den Verwaltungsrat zieht“, sagte Clement, er könne Dr. Linssen nicht davon abhalten, wenn er Argumente der Grünen übernehmen wolle.

Fraktionen begrüßen medienpolitischen Kompromiß von Bad Neuenahr

Die CDU begrüße nachdrücklich, daß nach der langen medienpolitischen Kontroverse der Bundesländer die Ministerpräsidenten in Bad Neuenahr die Grundlage für einen medienpolitischen Kompromiß geschaffen hätten, der den Durchbruch in den Verhandlungen bedeutet habe. Hierbei sei es insbesondere auch um zwei Fragen gegangen, die bisher im Landtag von Nordrhein-Westfalen sehr kontrovers debattiert worden seien: Medientransparenz und Medienkontrolle. Die CDU-Fraktion begrüße nachdrücklich, daß auch mit Unterstützung des NRW-Wirtschaftsministers Clement hier der Durchbruch erzielt worden sei. Das erklärte die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi bei der Aussprache über den Antrag ihrer Fraktion

„Konsens der Ministerpräsidenten zur Medienkonzentration unterstützen — Standort Deutschland muß für Rundfunkunternehmen international konkurrenzfähig bleiben“ im Hauptausschuß unter der Leitung seines Vorsitzenden Klaus Matthiesen (SPD). „Wir waren und sind der Meinung, daß das, was in Bad Neuenahr erreicht worden ist, höchst respektabel ist“, sagte der SPD-Medienexperte Reinhard Grätz. Das habe man bis vor kurzem nicht erwarten können. Gleichwohl sei es ja doch kein Staatsvertragstext, sondern eine erste wenn auch beachtliche Einigung der Länder mit einem zum Teil noch sehr fragilen Text. Grätz vertrat die Ansicht, daß man auch inhaltlich dazu Stellung nehmen müsse. Gleiches meinte auch GRÜNE-Fraktionssprecher Roland Appel. Der Mini-

sterpräsidentenkonsens stelle Eckpunkte dar, die im einzelnen noch nicht präzisiert seien. Deshalb sei es sinnvoll, zur Position des Landes auch inhaltlich etwas zu sagen. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD), für die Medienpolitik zuständig, betonte, sicher sei der Staatsvertrag noch nicht ausgehandelt. „Selbstverständlich haben wir noch ein Stück Arbeit vor uns.“ Bei der Abstimmung wurde der CDU-Antrag mehrheitlich abgelehnt, ein Entschließungsantrag der SPD mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von SPD und GRÜNEN angenommen (Drs. 12/303 und 482).

Kinder und Nikotinsucht

Die Landesregierung bewertet im Grundsatz alle Maßnahmen, die geeignet sind, Kinder und Jugendliche über Gefahren des Rauchens aufzuklären und Vorbeugungsarbeit zu leisten, positiv. Es sei ihr ein wichtiges Anliegen, im Rahmen einer Gesamtinitiative auch die Zugangsschwelle zum Erwerb von Zigaretten für Kinder und Jugendliche weiter zu erhöhen. Die derzeit geltenden Beschränkungen (etwa das Werbeverbot in Hörfunk und Fernsehen) reichten aber nach Ansicht fast aller Gesundheitsminister nicht aus, wenn sie auch ein wichtiger Beitrag zum Schutz der Jugendlichen seien. In diesem Zusammenhang bedauert es die

Landesregierung, daß die Bundesregierung entgegen ihrem Votum immer noch nicht eine Richtlinie der EU-Kommission umgesetzt hat, welche ein nahezu totales Verbot der Tabakwerbung vorsieht. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Jürgen Jentsch hervor. Jentsch hatte sich auch nach einem Suchtpräventionskonzept erkundigt. In diesem Zusammenhang kündigt der Gesundheitsminister an, die Landesregierung erarbeite ein Konzept zu „Maßnahmen und Initiativen des Landes NRW zur Förderung des Nichtrauchens, zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes und zur Raucherentwöhnung“. Die Landesregierung beziffert die Zahl der Zigarettenautomaten bundesweit auf 730 000 Stück; das sei im Vergleich mit anderen europäischen Staaten „außerordentlich hoch“.



Der Präsident des Landesrechnungshofs, Professor Dr. Eberhard Munzert (l.) hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) einen Abschiedsbesuch abgestattet. Munzert tritt in den Ruhestand.



Den schwedischen Minister für Bildung und Wissenschaft, Carl Tham (l.) hat Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (r.) im Landtag begrüßt.



Der bulgarische Botschafter in der Bundesrepublik, Dr. jur. Stoyan Shivkov Stalef (l.) ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) empfangen worden. Rechts Uwe Herder (SPD).



Den griechischen Generalkonsul in Nordrhein-Westfalen, Constantinos A. Rhallis (l.) hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt willkommen geheißen.

Fotos: Schälte

Rückblick 1995

Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Das politische Jahr 1995 war in Nordrhein-Westfalen und vor allem im Parlament des Landes gekennzeichnet durch eine herausragende Zäsur. Am Sonntag, 14. Mai, fanden Landtagswahlen statt, nach denen sich das politische Spektrum neu formierte. SPD und Grüne gingen eine Koalition ein, die CDU bildete die Opposition. Die F.D.P. verpaßte zum zweiten Mal nach 1980 den Wiedereinzug in den Landtag. Trotz zeitlicher Verzögerungen, bedingt durch die bis zu den Sommerferien andauernden Koalitionsverhandlungen, schaffte das Parlament dennoch in diesem Jahr ein beachtliches Beratungsprogramm. Die 11. Legislaturperiode schloß mit der 161. Plenarsitzung am 25. April. In der 12. Wahlperiode fanden bereits wieder 17 Sitzungen des Landtags statt. Wichtigster Beratungspunkt in der letzten Plenarwoche: Die erste Beratungsrunde zum Haushaltsgesetz 1996.

11. Januar

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung führte ein Hearing zum Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung durch. Experten äußerten die Befürchtung, daß die Integration von behinderten und nicht behinderten Kindern fiskalischen Gesichtspunkten geopfert werden könnte.

25. Januar

Der Schutz der Demokratie erfordere die Beobachtung der PDS. Diese Forderung hatte die CDU in einem Antrag formuliert, der aber keine Mehrheit im Plenum fand. Warnungen ergingen vor einer Stigmatisierung der PDS, die ohnehin in Nordrhein-Westfalen kein Wählerreservoir habe.

25. Januar

In einer Gedenkveranstaltung gedachte der Landtag der Befreiung des nationalsozialistischen Konzentrationslagers Auschwitz vor 50 Jahren. Der Massenmord an den Juden sei ein alle Dimensionen sprengendes Verbrechen, erklärte die damalige Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe. Der Österreicher Hermann Langbein, einst selbst Häftling in dem Todeslager und kürzlich verstorben, richtete den dringenden Appell an das Parlament, mit-zuhelfen, daß eine solche Katastrophe nie mehr möglich werden könne.

27. Januar

In namentlicher Entscheidung nahm der Landtag eine SPD-Entscheidung zur Energiepolitik an. Darin wurde befürwortet, noch „in dieser Legislaturperiode“ eine Entscheidung für das Tagebauvorhaben Garzweiler II herbeizuführen. Der Landtag sei überzeugt, daß mit der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den beiden Unternehmen RWE Energie und Rheinbraun vom 21. Oktober 1994 bedeutende Weichenstellungen für den Klimaschutz vereinbart worden seien, hieß es in dem Papier.

1. Februar

In Nordrhein-Westfalen soll ein verwaltungs-politisches Leitbild formuliert werden. Diese Zielsetzung nannte der Vorsitzende des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform, der heutige Landtagspräsident Ulrich Schmidt (SPD), bei einer Anhörung. Schmidt forderte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden müßten in den Reformprozeß einbezogen werden.

9. Februar

Der Intendant der fusionierten Sendeanstalt DeutschlandRadio mit Standorten Köln und Berlin, Ernst Eilitz, berichtete vor dem Hauptausschuß über die künftigen Pläne des Senders. Eilitz wies darauf hin, daß das DeutschlandRadio die einzige öffentlich-rechtliche

Rundfunkanstalt sei, die bereits eine Fusion hinter sich habe.

15. Februar

Über Ursachen und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen beriet der Landtag auf der Suche nach Möglichkeiten, betroffenen Menschen wieder Perspektiven zu vermitteln. Arbeitsminister Franz Müntefering forderte angesichts der vielen Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik ein breites gemeinsames Bündnis.

16. Februar

Der CDU-Antrag lautete: ARD-Strukturreform unverzichtbar. Bei der medienpolitischen Debatte hielten Union und F.D.P. denn auch eine Reform für dringend geboten. SPD und Grüne hingegen legten ein klares Bekenntnis zum Bestand der ARD ab. Man brauche den Qualitätswettbewerb zwischen dem ARD- und dem ZDF-Programm, hieß es.

16. Februar

Der scheidende Vorsitzende Helmut Marmulla zog Bilanz zur Arbeit des Ausschusses für Grubensicherheit in der 11. Wahlperiode. Er erinnerte daran, daß in dieser Legislaturperiode ein stetiger Rückgang des Steinkohlenbergbaus in Nordrhein-Westfalen zu beobachten gewesen sei. Für die betroffenen Menschen habe das zu einer großen Zukunftsun-sicherheit geführt.

17. Februar

Zum zweiten Mal innerhalb von 13 Monaten war am Rhein, vor allem in Köln, der Ruf ‚Land unter‘ ergangen. Versäumnisse beim Hochwasserschutz wurden bei einer Debatte im Landtag aus Anlaß der Flut konstatiert. Das Plenum war sich indessen einig, daß den betroffenen Flußanliegern von staatlicher Seite schnell und unbürokratisch geholfen werden sollte.

17. Februar

Die Präsidentin der 11. Legislaturperiode, Ingeborg Friebe, legte der Öffentlichkeit den Berichtsentwurf zur Untersuchung der Organisation und Struktur der Verwaltung des Landtags Nordrhein-Westfalen vor. Die durchführende Gesellschaft KPMG versprach sich eine Reduktion der Beschäftigtenzahl von 60 Stellen.

7. März

600 Frauen aus ganz Nordrhein-Westfalen folgten der Einladung der Landtagspräsidentin in das Landesparlament. Anlaß war der Internationale Frauentag. Auf einer Aktionsbühne traten Folklore-Gruppen auf. An der Info-Börse stellten sich 20 Organisationen, von amnesty international bis zum Hausfrauenbund, vor.

9. März

Um eine Definition des Bürgerfunks bemühten sich Sachverständige bei einer Anhörung des Hauptausschusses zum 7. Rundfunkänderungsgesetz. Die Landesanstalt für Rundfunk machte dabei deutlich, es gebe beim integrierten Bürgerfunk, dem Offenen Kanal im lokalen Rundfunk, kein generelles Problem des Mißbrauchs.

10. März

Der Ausschuß für Frauenpolitik appellierte an den nächsten Landtag, den Mädchen verstärkt Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er nahm eine Beschlüßempfehlung an, wonach in dem geplanten Gesetz zur Sicherung und Förderung der Jugendarbeit auch Mädchenarbeit stärker abgesichert werden sollte.

14. März

Der Wald ist wegen ökologischer Belastungen nicht mehr so widerstandsfähig wie vor Jahrzehnten. Das Betreten des Waldes sollte sich daher auf Straßen und Wege beschränken, um Störungen und Schäden durch das „Querwaldgehen“ von Reitern und Radfahrern nicht zunehmen zu lassen. Diese Ansicht wurde bei einer Anhörung des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz deutlich.

15. März

Wegen der Gesamtschulen kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen im Ausschuß für Schule und Weiterbildung. Die Opposition hielt dem Regierungslager Ideologie vor. SPD und Kultusminister werteten dagegen die 25jährige Geschichte der Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen als eine Erfolgsgeschichte.

23. März

Mit großer Mehrheit stimmte der Landtag dem Braunkohletagebau Garzweiler II zu. Die Fraktionen von SPD und CDU billigten in jeweils eigenen Anträgen den Aufschluß des mit 48 Quadratkilometern größten europäischen Abbaufeldes. Die Grünen lehnten das Großprojekt geschlossen ab. Die F.D.P. sprach sich mehrheitlich dagegen aus. Bei der Abstimmung ging man noch davon aus, daß der Abbau im Jahre 2006 beginnen sollte.

23. März

Bei einer Anhörung des Ausschusses für Innere Verwaltung zur Neuorganisation der Kreispolizeibehörden waren auch einige Polizeipräsidenten der Einladung nach Düsseldorf gefolgt. Bei dem Hearing wurden die Effektivität der Aufgabenbewältigung durch die Polizei sowie das schwindende Sicherheitsgefühl der Bevölkerung angesprochen.

29. März

Der private Rundfunk hat in Nordrhein-Westfalen inzwischen seinen festen Platz. Das wurde bei Verabschiedung des 7. Rundfunkänderungsgesetzes deutlich. Es wurde darauf hingewiesen, daß das lokale Radio bereits seit fünf Jahren in inzwischen 44 Verbreitungsgebieten auf Sendung sei. Begrüßt wurde auch die Öffnung für das Campus-Radio.

29. März

Der Landtag beschloß in zweiter Lesung das Wahlkreisgesetz. Damit wurde die Einteilung der Wahlkreise für das Jahr 2000 festgeschrieben. Das Verhältnis von 3:1 zwischen Direkt- und Listenmandaten blieb bestehen. Die CDU kam mit ihrem Antrag, den Landtag auf 201 Mandate zu beschränken, nicht durch.

31. März

Der alte Landtag in Düsseldorf, das sogenannte Ständehaus, soll künftig der Kunst-

sammlung Nordrhein-Westfalen als Dependence dienen. Ein entsprechender Antrag der SPD-Fraktion wurde mit großer Mehrheit verabschiedet. Die CDU fand mit ihrem Anliegen, die Staatskanzlei in das ehemalige Parlamentsgebäude zu verlegen, keine Zustimmung.

25. April

Massive Kritik wurde von den Fraktionen bei der Aussprache über den Schlußbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses III betreffend den „Balsam-Komplex“ an der Bielefelder Staatsanwaltschaft geübt. Ministerpräsident Johannes Rau nahm bei der Debatte seinen Justizminister Rolf Krumsiek (beide SPD) in Schutz, der sich tadellos verhalten habe.

25. April

Den Abschlußbericht des Petitionsausschusses trugen Vorsitzender Karl Knipschild (CDU) und sein Stellvertreter Hans Rohe (SPD) vor. Danach sind die Eingaben an den Petitionsausschuß in den fünf Jahren der 11. Wahlperiode auf rund 20 000 gestiegen. Viele Petitionen betrafen den Bereich Bauen und Wohnen. Aber auch zahlreiche Eingaben asylsuchender Ausländer erreichten das Gremium.

14. Mai

Bei der Landtagswahl 1995 verlor die nordrhein-westfälische SPD nach 15 Jahren Alleinregierung ihre absolute Mehrheit im Landtag. Die Sozialdemokraten büßten vier Prozent ein und kamen nur noch auf 46 Prozent. Die CDU verbesserte ihr Ergebnis von 1990 um ein Prozent auf 37,7 Prozent. Die F.D.P. schaffte die Fünf-Prozent-Hürde nicht und verpaßte mit vier Prozent den Wiedereinzug in den Landtag. Die Grünen hingegen legten in allen Wahlkreisen zu. Ihr Anteil stieg auf Landesebene von fünf auf zehn Prozent.

1. Juni

Bei seiner konstituierenden Sitzung zur 12. Legislaturperiode wählte der neue Landtag den bisherigen Vizepräsidenten Ulrich Schmidt (SPD) zum neuen Landtagspräsidenten. Schmidt erhielt 207 Ja-Stimmen und damit 94 Prozent Zustimmung. Er löste Ingeborg Friebe ab, die nach 20 Jahren Abgeordnetentätigkeit ihren Abschied vom Parlament nahm. Zum 1. Vizepräsidenten wählte der Landtag den CDU-Abgeordneten Dr. Hans-Ulrich Klose, der dieses Amt bereits innehatte. 2. Vizepräsidentin wurde die Grüne-Abgeordnete Dr. Katrin Grüber.

10./11. Juni

„Düsseldorf kehrt an den Rhein zurück“, hieß das Motto der Landeshauptstadt zur Einweihung der Rheinufer-Promenade an diesem Juni-Wochenende. Rund 15 000 Bürgerinnen und Bürger aus dem ganzen Land nutzten die Gelegenheit zum Besuch des nordrhein-westfälischen Landtags. Am Eingang zum Parlament verteilte Landtagspräsident Ulrich Schmidt Autogramme. Ein Sonderheft „Landtag intern extra“ zum Tag der offenen Tür fand beim gutgelaunten Publikum reißenden Absatz.

6. Juli

Johannes Rau (SPD) ist im Landtag erneut zum nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten gewählt worden. In geheimer Wahl stimmten 129 von 220 anwesenden Abgeordneten für den 64jährigen Regierungschef, der zum fünften Mal sein hohes Amt antrat. Johannes Rau, der seit 1978 an der Spitze der NRW-Landesregierung steht, ist heute mit

einer Amtszeit von 17 Jahren der dienstälteste deutsche Ministerpräsident. Bis zur Wahl 1995 führte er 15 Jahre lang eine SPD-Alleinregierung an Rhein, Ruhr und Weser. Auch Oppositionsführer Dr. Helmut Linssen (CDU) hatte für das Ministerpräsidentenamt kandidiert. Linssen erhielt 89 Stimmen. Damit war zumindest eine Stimme aus dem Regierungslager auf ihn entfallen.

7. Juli

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschloß der Landtag erstmalig die Einsetzung einer Enquetekommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“, die vor allem Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erarbeiten sollte. Für den Antrag stimmte außer dem Koalitionspartner Grüne auch die oppositionelle CDU.

31. August

Düsseldorf war das Ziel des Betriebsausflugs des Bonner Bundespräsidialamtes. Bundespräsident Dr. Roman Herzog, seine Frau Christiane und die Bediensteten des Amtes besichtigten das neue Landtagsgebäude am Rhein und wurden von Landtagspräsident Ulrich Schmidt willkommen geheißen.

7. September

In die erste medienpolitische Diskussion der Wahlperiode stieg der Hauptausschuß unter der Leitung seines neuen Vorsitzenden Klaus Matthiesen (SPD) ein. Grundlage war ein Antrag der CDU-Fraktion zur Belegung der Kabelnetze in Nordrhein-Westfalen. Engpässe bei der Einspeisung von Fernsehprogrammen und Standortinteressen bestimmten die Aussprache.

13. September

Den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und einen effizienten Umweltschutz wollte die neue Landesregierung von SPD und Grünen zum Schwerpunkt ihrer Arbeit in der 12. Wahlperiode machen. Das bekräftigte Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) in seiner Regierungserklärung im Landtag, die er unter das Leitwort „Aufbruch ins Jahr 2000: Wir setzen auf Erfahrung auf Erneuerung“ gestellt hatte. Die Regionen des Landes sollten Unterstützung erfahren, um ein eigenes unverwechselbares Profil entwickeln zu können.

14. September

Der nordrhein-westfälische Finanzminister Heinz Schleußer brachte einen Nachtragshaushalt über 659 Millionen Mark ein. Er erläuterte im Landtag, dieser Nachtragshaushalt beschränke sich im wesentlichen auf zwangsläufige Mehrausgaben, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans noch nicht bekannt gewesen seien. Der Nachtrag sei ferner — so der Minister — durch Auswirkungen erforderlich geworden, die sich aus der Neuorganisation der Landesregierung ergeben hätten.

19. September

Rund 400 Kinder aus 64 Schulen des Landes begrüßte Landtagspräsident Ulrich Schmidt zur fünften Veranstaltung „Kinder im Parlament“. Aus Anlaß des Weltkindertages stand das Treffen, das eine Kinderplenarsitzung einschloß, unter dem Leitwort „Wir lassen uns nicht verwalten — Wir wollen die Zukunft gestalten“. Moderator war der Vorsitzende des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, Erich Heckelmann (SPD).

20. September

Das Regierungslager sah sich bei der Aussprache über die Regierungserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD)

scharfer Kritik der CDU-Opposition ausgesetzt. CDU-Fraktionschef Dr. Helmut Linssen hielt dem Regierungschef vor, er habe sich bei allen wichtigen landespolitischen Themen an klaren Aussagen vorbeigedrückt. SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen bekräftigte dagegen, zur Koalition aus Sozialdemokraten und Grünen gebe es keine Alternative. GRÜNEN-Fraktionsprecherin Gisela Nacken sah in allen Politikbereichen Ansätze für grüne Reformvorstellungen.

5. Oktober

Zum ersten Mal in einem deutschen Bundesland widmete sich ein Parlamentsausschuß der Migrationsproblematik und der Integration von Ausländerinnen und Ausländern. Die erste Sacharbeitsitzung des neugebildeten Ausschusses für Migrationsangelegenheiten leitete als Vorsitzender der aus Palästina stammende Zahnarzt für Kieferorthopädie Dr. Hisham Hammad (GRÜNE), der sein Amt inzwischen an seine Fraktionskollegin Christiane Bainski abgegeben hat.

11. Oktober

Alle Fraktionen haben den Status des Flughafens Osnabrück/Münster als dritten internationalen Großflughafen in Nordrhein-Westfalen anerkannt. Bei der Behandlung eines CDU-Antrages im Plenum, wonach Westfalen nicht von weltweiten Verbindungen abgehängt werden dürfe, wurde allerdings deutlich, daß das Land keine Etatmittel mehr für den Ausbau übrig hat.

12. Oktober

In einer Sondersitzung befaßte sich der Hauptausschuß unter Leitung von Klaus Matthiesen (SPD) mit religiösen Symbolen in öffentlichen Einrichtungen nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts in seinem sogenannten Kreuzifixurteil. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) machte deutlich, daß im Land NRW keine Rechtsvorschrift Kreuze in Schulen und Gerichtssälen vorschreibe. Er sprach sich dafür aus, die Frage von Kreuzen in Schulen im Gespräch zwischen Lehrkräften, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern vor Ort zu entscheiden.

10. November

In dritter Lesung wurde der Nachtragshaushalt 1995 verabschiedet. Er umfaßte ein Volumen von 660 Millionen Mark. Der Landtag bekräftigte dabei durch die Annahme eines Antrags der Koalition von SPD und Grünen, daß das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ in voller Höhe erhalten blieb.

16. November

Zum ersten Mal in der Geschichte des nordrhein-westfälischen Landtags tagt der Petitionsausschuß auswärts, und dazu noch öffentlich. Der Ausschub war Gast bei der Bezirksregierung Arnsberg. Bei der öffentlichen Sitzung wurde allerdings der Datenschutz gewahrt. Der Petitionsausschuß hielt ferner eine Sprechstunde ab, in der Bürgerinnen und Bürger Bitten äußern und ihre Sorgen vortragen konnten.

29. November

Finanzminister Heinz Schleußer brachte das Haushaltsgesetz 1996 in den Landtag ein. Der Minister verlangte ein sozial gerechtes und einfaches Steuerrecht ohne Steuererhöhungen und zusätzliche Belastungen für Länder und Gemeinden. Die Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes erfolgte durch Innenminister Franz-Josef Kniola (beide SPD). Am 6. Dezember schloß sich die 1. Lesung mit Beratung an.

SPD-Fraktion

Mehr Gestaltungsspielraum für einzelne Schulen

Die reformorientierte Bildungs- und Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen wird fortgesetzt. Das geschieht unter Berücksichtigung der Denkschrift „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“. Unter dieser Prämisse wird die SPD-Fraktion Anfang nächsten Jahres ein Zukunftsforum mit allen am Schulwesen Interessierten veranstalten.

Dazu gehören Fragen wie:

- Gestaltung und Öffnung von Schule,
- Flexibilisierung von Stundentafeln,
- Ausweisung der Unterrichtsstunden als Jahrestundenkonto,
- Abschied vom festen 45-Minuten-Unterrichtstakt,
- Betonung des fächerübergreifenden Unterrichts,
- neue Formen der Leistungsbewertung,
- Vergabe von Funktionen auf Zeit,
- Mitwirkung der Schule bei der Auswahl von Lehrerinnen und Lehrern,
- Budgetierung des Sachetats durch den Schulträger.

„Einer der bildungspolitischen Schwerpunkte für unsere Arbeit in dieser Legislaturperiode ist, daß wir den einzelnen Schulen mehr Gestaltungsspielraum geben wollen“, betont Manfred Degen, schulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Die SPD-Fraktion halte an der staatlichen Verantwortung für das Schulwesen fest. Das gelte vor allem für die personelle Ausstattung, die Einhaltung von Standards, die Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen und damit die Wahrung der Chancengleichheit in allen Landesteilen.

Die SPD-Fraktion hat sich auf weitere wichtige Vorhaben verständigt:

- Die Einführung der verlässlichen Halbtagschule. Das Programm soll zum Schuljahresbeginn 1996/97 gestartet werden, wo es von Schulen und Eltern gewünscht wird.
- Weiterführung der Integration behinderter Schülerinnen und Schüler in den gemeinsamen Unterricht mit nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern.
- Durch die Zusammenführung der beruflichen Schulen und der Kollegschulen soll der berufsbezogene Teil der Sekundarstufe II zu einer attraktiven Alternative zur gymnasialen Oberstufe gemacht und damit die duale Ausbildung gestärkt werden.

„Mit alledem ist NRW Impulsgeber für die Bildungspolitik, weit über die Grenzen des Landes hinaus“, unterstreicht Manfred Degen.

Damit werde eine Reihe von Vorschlägen und Anregungen aus der Denkschrift umgesetzt. Andere Empfehlungen der Denkschrift wiesen weit in die Zukunft.

Das treffe zum Beispiel auf den Vorschlag zur Einführung einer sechsjährigen Grundschule zu. Mögliche pädagogische Vorteile müßten an organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen gemessen werden. Jede Veränderung in unserem Schulaufbau habe gravierenden Einfluß auf das gesamte Schul- und Bildungssystem.

In der Frage der sechsjährigen Grundschule sehe die SPD-Landtagsfraktion für absehbare Zeit keine gesicherte Basis für eine Entscheidung.

CDU-Fraktion

Rumänische Banden: CDU fordert Bundespolizei

„Der Raubzug rumänischer Banden durch deutsche Bundesländer erfordert ein konzentriertes Vorgehen des Staates. Diese hochorganisierten und international tätigen Verbrecher müssen durch eine Bundespolizei – eine Art deutsches FBI – bekämpft werden. Mit herkömmlichen Ermittlungsmethoden kommen wir nicht mehr weiter.“ Dies erklärte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Linssen, nach einer Sitzung des Innenausschusses. Dort hatte die CDU-Fraktion einen Bericht des Innenministers gefordert, da rumänische Verbrecher zunehmend ihren Aktionsschwerpunkt nach NRW verlegen.

Allein 1995 gingen nach Auskunft des NRW-Innenministeriums bereits mehr als 5000 Einbrüche auf das Konto der Rumänen-Banden. Es sei „ein Ünding, daß jedes Bundesland zur Bekämpfung der rumänischen Banden eine eigene Sonderkommission einrichtet“, kritisierte Linssen. „Eine Soko beim Bundeskriminalamt machen den bundesdeutschen Koordinierungswirrwarr komplett. Statt dessen müssen gerade für solche Serienstraftaten eine zentrale Erfassung und eine zentrale Bekämpfungsstelle geschaffen werden. Mit den Methoden der 50er Jahre ist diesen hochmobilen und äußerst brutal vorgehenden Banden nicht beizukommen.“

Linssen forderte:

- eigene Befugnisse des Bundeskriminalamtes (BKA) bei der Strafverfolgung krimineller Banden auch im Inland: „Das BKA muß die Möglichkeit erhalten, Fälle von überregionaler Tragweite an sich zu ziehen.“
- die Verstärkung des BKA durch eigene Exekutivkräfte und durch Sondereinheiten des Bundesgrenzschutzes: „Insbesondere die Eliteeinheit GSG 9 könnte eine äußerst wertvolle Hilfe bei der Bekämpfung organisierter Banden werden.“
- eine der neuen BKA-Struktur entsprechende Erweiterung der Befugnisse für die Bundesanwaltschaft.

Mit diesen erweiterten Kompetenzen könnte das BKA die Verbrechensbekämpfung auch über die Staatsgrenzen hinweg verbessern, da seine Partner-Organisationen in den anderen Ländern in der Regel ebenfalls mit Exekutiv-Funktionen ausgestattet seien, sagte der CDU-Fraktionschef. Er rechne allerdings mit heftigem Widerstand gegen seinen Vorschlag durch den NRW-Innenminister: „Seit Jahren schon schiebt die Landesregierung formale föderalistische Argumente vor, um eine Stärkung von BGS und BKA zu verhindern – so auch beim Einsatz des BGS bei der Sicherung von Bahnhöfen und Flughäfen.“

Linssen abschließend: „Bund und Länder müssen alle Kräfte zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität bündeln, statt sich in kleinteiliger Kompetenz-Hickhack zu blockieren. Dies gilt für den von der CDU seit langem geforderten Einsatz der Nachrichtendienste bei der Vorfeld-Bekämpfung internationaler Verbrecherbanden.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Türkische Regierung belastet Verhältnis zu NRW

Obwohl die türkische Regierung ihren blutigen Krieg gegen das kurdische Volk unvermindert fortsetzt, werden seit März 1995 wieder Kurdinnen und Kurden aus Deutschland in die Türkei abgeschoben. 1994 waren es bereits 700 betroffene Menschen. Entgegen dem nahezu einhelligen Votum aller Menschenrechtsorganisationen in einer Anhörung des Bundestages geschieht dies aufgrund der einseitigen und verbohnten Haltung von Bundesinnenminister Kanther (CDU).

Dieser sieht politische Verfolgung, Folter, unmenschliche Bestrafungen von Kurdinnen und Kurden sowie sie unterstützenden Kräften als auf die Osttürkei beschränkt und hält Abschiebungen mit Hinweis auf eine „innerstaatliche Fluchtalternative“ in der Westtürkei für gerechtfertigt. Deutsche Obergerichtspräsidenten beurteilen diese Frage grundsätzlich.

Die Koalitionsparteien SPD und Grüne sind deshalb im Juni 1995 übereingekommen, eine Delegation in die Türkei zu entsenden, um die These von der „innerstaatlichen Fluchtalternative“ zu überprüfen und danach über einen Abschiebestopp zu entscheiden. Die Einreiseverweigerung der türkischen Regierung gegenüber dieser Delegation belastete in den letzten Wochen die Beziehungen. Sie war ein diplomatischer Affront, dem Konsequenzen folgen müssen. Die Delegation wollte unter anderem die inhaftierten DEP-Abgeordneten im Gefängnis besuchen.

Das türkische Außenministerium hat den deutschen Botschafter in Ankara einbestellt und diesem erklärt, die nordrhein-westfälische Delegation sei in der Türkei nicht erwünscht, und ihre Zusammensetzung finde nicht das Einverständnis der Türkei. Die Verweigerung eines Besuchs der inhaftierten DEP-Abgeordneten stellt einen Verstoß gegen demokratische Spielregeln und offene diplomatische Beziehungen dar. Damit stellt sich die türkische Regierung Ciller selbst auf eine Stufe mit Folterregimes, die internationalen Delegationen die Erkundung der Menschenrechtssituation in Gefängnissen verbieten. Die türkische Regierung belastet das traditionell gute Verhältnis in unverständlicher Weise. Ihr Verhalten belastet darüber hinaus die Bemühungen, die Türkei in den europäischen Einigungsprozeß einzubeziehen. Die grüne Fraktion befürwortet grundsätzlich die Aufnahme der Türkei in eine Zollunion mit der EU, um wirtschaftliche Schranken zu überwinden und die europäische Integration voranzutreiben. Aber Nordrhein-Westfalen darf im Bundesrat solange keiner Erweiterung der Zollunion durch die Türkei zustimmen, wie in menschenrechtlichen Fragen Zweifel bestehen, wie sie aktuell durch das Verhalten der türkischen Regierung bestätigt werden.

Es kann nicht darum gehen, ein Land und seine Menschen an den Pranger zu stellen. Im Gegenteil: seit vielen Jahren setzen wir Grüne uns für volle Wahl- und Bürgerrechte der hier lebenden Türkinnen und Türken ein. Diejenigen unter ihnen, die vor dieser türkischen Regierung und ihren Polizei- und Justizbehörden fliehen mußten, brauchen unseren Schutz. Ein Abschiebestopp ist überfällig.

Zehn Jahre NRW-Stiftung: „Oller Hansen“ wünscht Glück

Die Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege wird 1996 zehn Jahre alt. Darüber hinaus feiert das Land Nordrhein-Westfalen seinen 50. Geburtstag. Der Mülheimer Künstler Peter T. Schulz hatte demnach doppelten Grund, dem NRW-Stiftungskalender 1996 den Titel „Herzlichen Glückwunsch“ zu geben. Einmal mehr hat Peter T. Schulz darin mit Zeichnungen, Texten und Fotos seine Eindrücke von den Schönheiten Nordrhein-Westfalens festgehalten.

Für viele Liebhaber ist der NRW-Stiftungskalender des „Unversalbemühs“ Peter T. Schulz inzwischen zum Sammelstück geworden. Wer einen „Ollen Hansen“ mit humorvoll-politischen Künstlerimpressionen hat, gibt ihn nicht mehr her.

700 Initiativen

Mit seiner Arbeit möchte der in Mülheim an der Ruhr lebende Künstler auch dazu beitragen, die Idee und Arbeit der NRW-Stiftung bekannter zu machen. Er selbst war mehrfach unterwegs zu einigen von der NRW-Stiftung geförderten Initiativen und hat sich dort für seine Arbeit inspirieren lassen. Seit ihrer Gründung 1986 hat die NRW-Stiftung landesweit rund 700 Initiativen von Vereinen und Verbänden unterstützen können, die sich für die Naturschönheiten und die kulturellen Schätze des Landes NRW einsetzen.

Der Kalender 1996 besteht aus zwölf Monatsblättern, Titelblatt und zwei weiteren Kunstblättern im Format 45 mal 52 cm. Er kann zum Preis von 33,90 Mark (zuzüglich Porto und Verpackung) bestellt werden beim Förderverein NRW-Stiftung, Roßstraße 133, 40476 Düsseldorf.



LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin),
Telefon: (0211) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: *56801#, FAX
8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD),
Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands;
Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;
Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine
Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Frank Baranowski (SPD)

Mit 33 Jahren ist er der zweitjüngste Abgeordnete in der 108 Mitglieder zählenden SPD-Landtagsfraktion – für Frank Baranowski ein Beweis dafür, daß es in der Fraktion noch immer einen Nachholbedarf an jungen Parlamentariern gibt. Deren ungenügende Repräsentanz war für den Gelsenkirchener auch ein wesentlicher Grund, sich im Unterbezirk seiner Partei mit weiteren drei Kandidaten um den Wahlkreis 88 zu bewerben. Er setzte sich gegenüber seinen Mitkonkurrenten durch und gewann den Wahlkreis auch bei den letzten Landtagswahlen im Mai wieder für die Sozialdemokraten.

Für den langjährigen wissenschaftlichen Mitarbeiter des Vorgängers im Wahlkreis Gelsenkirchen II, des Abgeordneten Egbert Reinhard, ist das Düsseldorf Parlamentsgeschehen zwar kein Neuland, aber es ist doch ein großer Unterschied, ob man Berater und „Zuträger“ oder Handelnder ist. „Die Türen öffnen sich wesentlich schneller.“ Allerdings übernahm er das Landtagsmandat nach seinen Worten mit einer „sehr realistischen Erwartung“. Er zähle nicht zu denjenigen, die meinen, sie könnten als einzelner Abgeordneter viel bewegen. Nur in Kooperation ließen sich politische Vorstellungen umsetzen. Diese Erfahrung machte Frank Baranowski übrigens auch während seiner Ratstätigkeit.

Nach der Reifeprüfung studierte der gebürtige Gelsenkirchener an der Bochumer Ruhr-Universität Deutsch und Geschichte für das Lehramt der Sekundarstufe I und II und schloß sein Studium mit der ersten und zweiten Staatsprüfung erfolgreich ab. Zwischendurch lehrte der künftige Pädagoge an der Bergberufsschule in Recklinghausen bevor er Ende 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der SPD-Fraktion wurde.

Politisches Interesse zeigte Frank Baranowski bereits als Schülervertreter, und so trat er schon als Sechzehnjähriger den Jungsozialisten und der SPD bei. Mehr als sieben Jahre war er Unterbezirkvorsitzender der Jusos. Auch dem SPD-Unterbezirksvorstand angehörend, wählte ihn der Ortsverein im letzten Jahr zu seinem Vorsitzenden.

Bei den Kommunalwahlen 1989 in den Gelsenkirchener Stadtrat gewählt, widmete sich der Sozialdemokrat insbesondere der Jugendpolitik und versuchte trotz der gebotenen Haushaltskonsolidierung die Förderung dieses wichtigen Bereichs weiter aufrechtzuerhalten. Die starken Auswirkungen der Landespolitik auf das kommunale Geschehen erfuhr der Stadtverordnete während seiner Tätigkeit im Rat, die er nach seinem Einzug in den Landtag aufgab. Diese Verzahnung will Frank Baranowski künftig bei seinem Stimm-

verhalten als Landtagsabgeordneter berücksichtigen.

Für eine vorrangige Aufgabe hält das Mitglied des Ausschusses für Innere Verwaltung, ein Höchstmaß an innerer Sicherheit zu gewährleisten, weil sie für das Zusammenleben der Bürger von großer Bedeutung sei. Allerdings dürfe dieses Bemühen nicht zu Lasten demokratischer Grundrechte gehen. Im Gegensatz zu anderen Parteifreunden verursache ihm persönlich daher die mögliche Einführung des sogenannten „großen Lauschangriffs“ arge Bauchschmerzen“. Wie andere Mitglieder des Petitionsausschusses bedauert auch Frank Baranowski die geringe Resonanz dieses Gremiums in der Öffentlichkeit.

Als neuer Abgeordneter wäre nach seiner Einschätzung das Zusammenwachsen der neugewählten Fraktion sicher leichter gewesen, wenn die SPD wieder die absolute Mehrheit bei den Landtagswahlen errungen hätte. So hätten beispielsweise in den ersten Sitzungen die Koalitionsverhandlungen im Mittelpunkt gestanden und weniger die „Selbstfindung“ der Fraktion. Wegen der Rücksichtnahme auf den grünen Koalitionspartner werde die Arbeit in Fraktion und Parlament ohnehin schwieriger – „aber auch spannender“. Dabei ist sich der „Neuling“ bewußt, daß er in den ersten Parlamentsjahren auch sein „Lehrgeld“ werde bezahlen müssen wie in jedem anderen Beruf.

Trotz der neuen Anforderungen will sich der Abgeordnete bemühen, sein „Privatleben“ möglichst zu bewahren. Dazu zählen Haushaltsarbeit und Kinobesuche ebenso wie Reisen über den „großen Teich“. Den „Amerika-Fan“ fasziniert immer wieder die Weite dieses Landes.

Jochen Jurettko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 15. 12. 1995 bis 16. Januar 1996

15.12. **Wilfried Kramps** (SPD), 56 J.
 16. 12. **Werner Stump** (CDU), 52 J.
 18.12. **Frank Sichau** (SPD), 48 J.
 21.12. **Dr. Andreas Lorenz** (CDU), 58 J.
 21.12. **Gerhard Wirth** (SPD), 44 J.
 22.12. **Josef Wilp** (CDU), 57 J.
 22.12. **Horst-Dieter Vöge** (SPD), 48 J.
 24.12. **Hans Frey** (SPD), 46 J.
 25.12. **Heinz Wirtz** (SPD), 52 J.
 29.12. **Bodo Champignon** (SPD), 54 J.
 30.12. **Walter Grevener** (SPD), 65 J.
 31.12. **Jürgen Schaufuß** (SPD), 55 J.

1. 1. **Claudia Nell-Paul** (SPD), 42 J.
 5. 1. **Roland Appel** (GRÜNE), 42 J.
 8. 1. **Hubert Schulte** (CDU), 51 J.
 9. 1. **Willi Zylajew** (CDU), 46 J.
 13. 1. **Leonhard Kuckart** (CDU), 64 J.
 13. 1. **Hans-Dieter Moritz** (SPD), 56 J.
 13. 1. **Volkmar Klein** (CDU), 36 J.
 16. 1. **Dr. Johannes Rau** (SPD), 65 J.
 16. 1. **Georg Gregull** (CDU), 64 J.

★

Loke Mernizka (SPD), Abgeordneter, ist auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN vom Landtag als ordentliches Mitglied für den Ausschuß der Regionen der Europäischen Gemeinschaft benannt worden. Mernizka ist Nachfolger von Professor **Dr. Manfred Dammeyer** (SPD), der weiterhin ordentliches Mitglied in diesem Ausschuß bleibt, allerdings nun von der Landesregierung benannt.

★

Norbert Burger (SPD), Abgeordneter, ist auf Vorschlag der Fraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN vom Landtag als stellvertretendes Mitglied für den Kongreß der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) beim Europarat benannt worden.

★

Erich Heckelmann (SPD), Abgeordneter, ist auf Vorschlag der Fraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN vom Landtag als Mitglied der Versammlung der Regionen Europas (VRE) benannt worden.

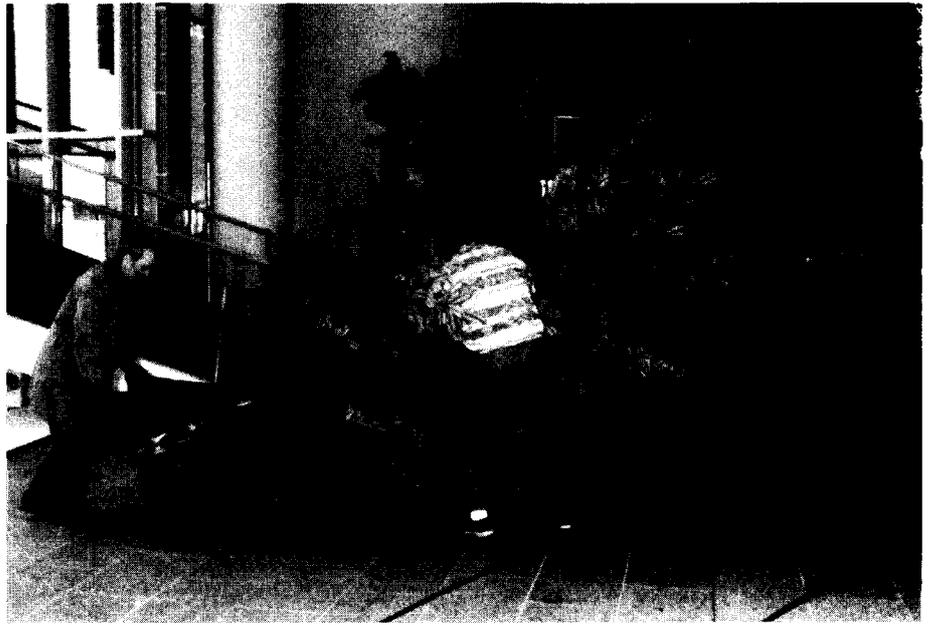
★

Marc Jan Eumann (SPD), Abgeordneter, ist auf Vorschlag der SPD-Fraktion vom Landtag zum ordentlichen Mitglied des Rundfunkrates des „Westdeutschen Rundfunks Köln“ gewählt worden.

★

Walter Grevener (SPD), Landtagsabgeordneter, begeht am 30. Dezember seinen 65. Geburtstag. Der Dozent aus Velbert stammt aus Lethmathe. Er erhielt nach dem Schulbesuch eine Ausbildung in der kommunalen Verwaltung. Nach der 2. Verwaltungsprüfung schloß sich ein sechsemestriges Studium an der Verwaltungsakademie an, das Grevener mit dem Kommunal-Diplom abschloß. Es folgten verschiedene Tätigkeiten in der Kommunalverwaltung. Von 1966 bis 1975 war er Stadtdirektor. Walter Grevener ist seit 1950 Mitglied der SPD. Viele Jahre war er Mitglied im Vorstand des Ortsvereins sowie im Unterbezirksvorstand Mettmann. Seit 1979 gehört er dem Rat der Stadt Velbert an, seit 1989 als SPD-Fraktionsvorsitzender. Der Politiker ist verheiratet und hat drei Kinder.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Mit der Übergabe eines Weihnachtsbaumes, einer 22jährigen Nordmannanne, an den Präsidenten des nordrhein-westfälischen Landtags, Ulrich Schmidt, wollten die Waldbauern im Land an die Notwendigkeit und an die Vorteile wirtschaftlichen Handelns im Wald erinnern. Der Vorsitzende des Waldbauernverbandes NRW, Philipp Prinz zu Salm, betonte, der nachhaltig bewirtschaftete Kulturwald sei bestens geeignet, die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes zu gewährleisten. Der Landtagspräsident dankte im Namen des Parlaments für die Tanne und wies auf die lange Tradition hin, wonach der Waldbauernverband schon im alten Landtag in jedem Jahr einen Weihnachtsbaum gestiftet habe. Er schaffe eine vorweihnachtliche Atmosphäre für Abgeordnete, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie Besucherinnen und Besucher. Der Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, Heinrich Kruse (CDU) wies auf die Wechselbeziehung gesunder Wald und Luftqualität hin. Er nahm die Einladung der Waldbauern an, 1996 mit dem Fachausschuß eine Waldbegehung durchzuführen. Das Bild oben zeigt Mitarbeiter beim Aufstellen des Baumes in der Eingangshalle. Auf dem unteren Bild vorne: v.l. Philipp Prinz zu Salm, Präsident Ulrich Schmidt, Ausschußvorsitzender Heinrich Kruse (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender Eckhard Uhlenberg (CDU) und Eberhard Sohns (SPD).
 Fotos: Schälte

